Nr. 31 1. Dezember 1988



auswärts 2,50 DM

U-NTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

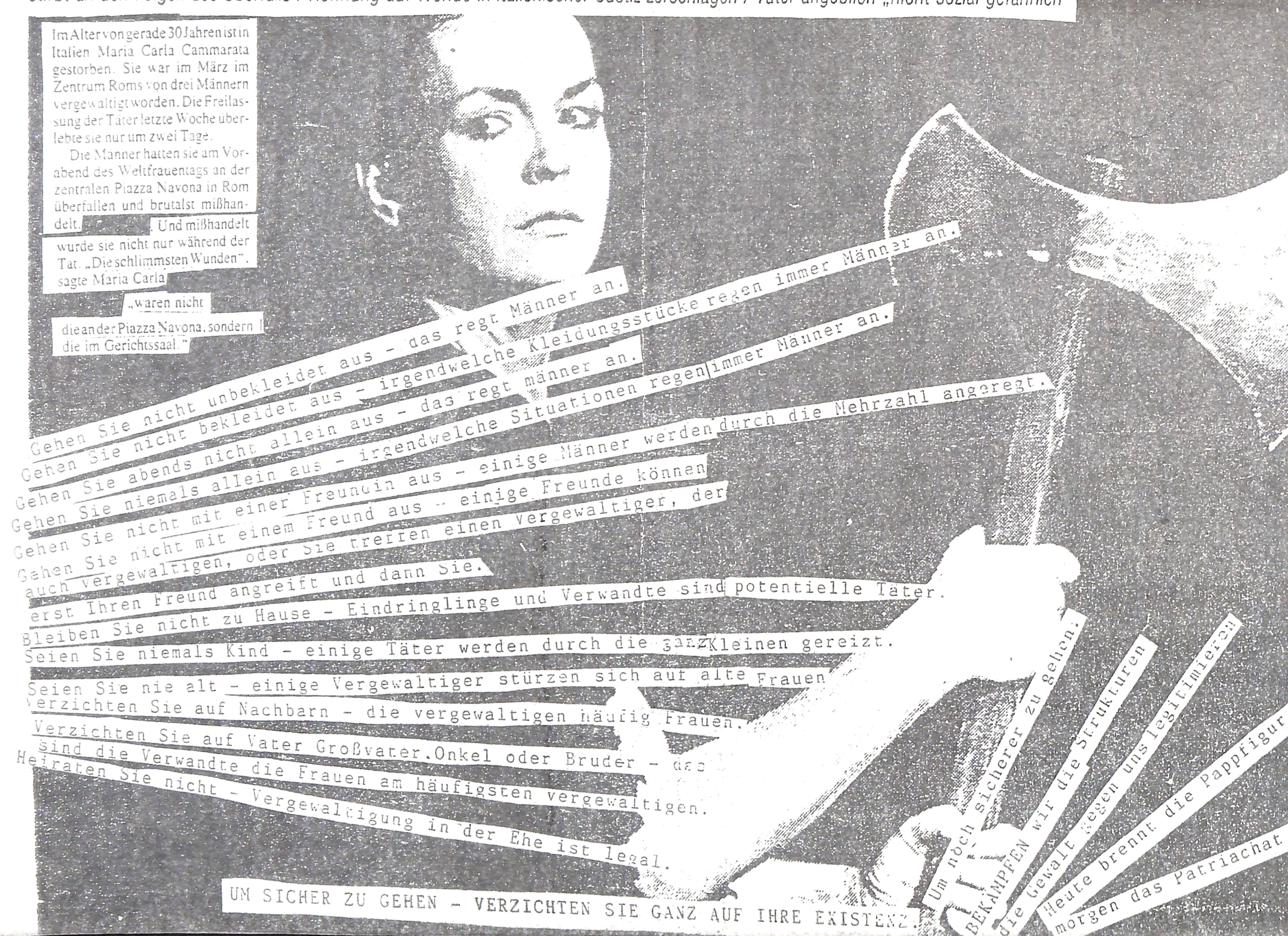
2 DM

Vorwort

Inzwischen haben wir vernommen, daß es ein wenig Verwirrung um den Organisieungsartiel aus der Nr. 29 gibt. Also: Der Text ist schon älter und nicht aus Berlin. Die darin angesprochene Städtekoordination betraf andere Städte. Zu unserer und eurer Freude hat diese Nummer wieder einen Sportteil. Leider fehlen darin die Sportberichte zu Hafemeister. Hier denken wir weniger an die Erfolge des Springreiters Dirk Hafemeister, als viel mehr an die Mißerfolge des Unternehmens seines Vaters.
Die angekündigten Texte der "Senfgruppe" haben uns bisher nicht erreicht. Wir hoffen sie kommen noch.

Wie immer: Annahmeschluß **Dienstag**
und die Post geht ab an:
Interim
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

PS.: Der uns zugeschickte Artikel "Warum ist die Erde noch so flach?" ist eine Antwort auf das Papier zur EbIT-Bullenfrau in der letzten Nummer.


Italienisches Gericht läßt drei Vergewaltiger frei / Täter waren in erster Instanz zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden / Opfer stirbt an den Folgen des Überfalls / Hoffnung auf Wende in italienischer Justiz zerschlagen / Täter angeblich „nicht sozial gefährlich"
Im Alter von gerade 30 Jahren ist in Italien Maria Carla Cammarata gestorben. Sie war im März im Zentrum Roms von drei Männern vergewaltigt worden. Die Freilassung der Täter letzte Woche überlebte sie nur um zwei Tage.
Die Männer hatten sie am Vorabend des Weltfrauentags an der zentralen Piazza Navona in Rom überfallen und brutalst mißhandelt. Und mißhandelt wurde sie nicht nur während der Tat. „Die schlimmsten Wunden", sagte Maria Carla „waren nicht die an der Piazza Navona, sondern die im Gerichtssaal."
Gehen Sie nicht unbekleidet aus - das regt Männer an.
Gehen Sie nicht bekleidet aus - irgendwelche Kleidungsstücke regen immer Männer an.
Gehen Sie abends nicht allein aus - das regt männer an.
Gehen Sie niemals allein aus - irgendwelche Situationen regen immer Männer an.
Gehen Sie nicht mit einer Freundin aus - einige Männer werden durch die Mehrzahl angeregt.
Gehen Sie nicht mit einem Freund aus - einige Freunde können
auch vergewaltigen, oder Sie treffen einen vergewaltiger, der
erst Ihren Freund angreift und dann Sie.
Bleiben Sie nicht zu Hause - Eindringlinge und Verwandte sind potentielle Täter.
Seien Sie niemals Kind - einige Täter werden durch die ganz Kleinen gereizt.
Seien Sie nie alt - einige Vergewaltiger stürzen sich auf alte Frauen
Verzichten Sie auf Nachbarn - die vergewaltigen häufig Frauen.
Verzichten Sie auf Vater Großvater. Onkel oder Bruder - das
sind die Verwandte die Frauen am häufigsten vergewaltigen.
Heiraten Sie nicht - Vergewaltigung in der Ehe ist legal.
UM SICHER ZU GEHEN - VERZICHTEN SIE GANZ AUF IHRE EXISTENZ.
Um noch sicherer zu gehen:
BEKÄMPFEN wir die Strukturen
die Gewalt gegen uns legitimieren
Heute brennt die Pappfigur -
morgen das Patriachat !

FRAUEN gegen MÄNNERGEWALT!



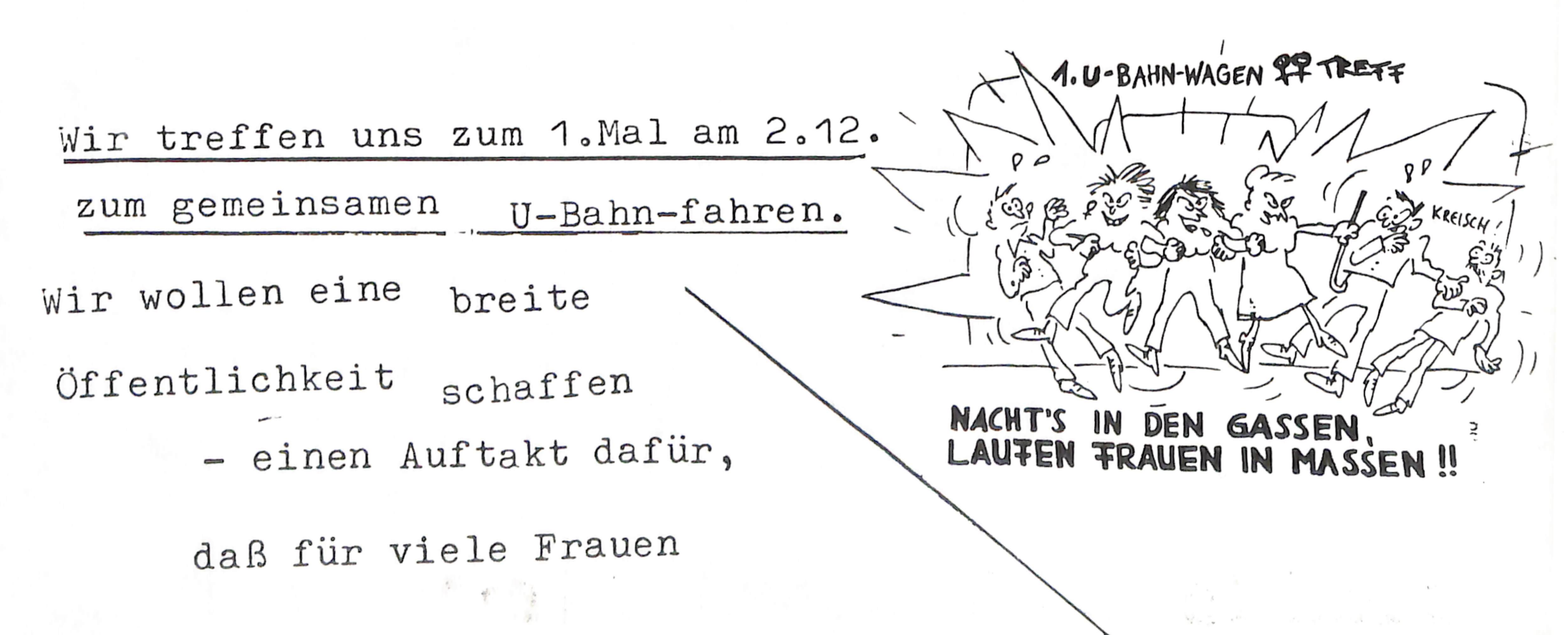
Freitag,
2.12. 20.57-22.59
U-Bahn-Aktion

Frauen nehmen sich den 1.Wagen!

Wenn Du und Du und ich und die und Sie und Sie und Frau Schneider und Sevinsch Üzmir irgendwo einsteigen würden, und zwar nicht in irgendeinen Wagen, sondern in den ersten und sich da träfen und noch eine Menge anderer Frauen auch, die auf dem Heim- oder Hinweg sind. Jede woanders hin aber doch genug bei jeder Station, die aussteigen um sich ansprechen zu können "läufst Du auch die Hermannstr. rauf?" - "Müssen Sie auch nach ..." - Gehen wir ein Stück zusammen!!!

Und wie toll wäre es erst, wenigstens im 1. Wagen unbelästigt fahren zu können - wie toll wäre ein Männerfreier U-Bahnwagen! Wir könnten ja schon mal anfangen, uns da zu treffen, viele zu werden und selbstbewußt. Eine Atmosphäre schaffen, in der sich Männer überlegen müssen, wie sie sich verhalten, weil sie es nicht mit einer oder zwei Frauen zu tun haben, sondern mit ganz vielen, die sich wehren; in der wir uns sicher fühlen und sie sich deshalb verunsichert.

Der beste Schutz für uns ist, uns zusammenzutun, gemeinsam zu handeln und uns solidarisch zueinander zu verhalten.



Wir treffen uns zum 1.Mal am 2.12.
zum gemeinsamen U-Bahn-fahren.

Wir wollen eine breite Öffentlichkeit schaffen - einen Auftakt dafür, daß für viele Frauen der 1.Wagen ihr Wagen wird.

Wir fahren los am Schlesischen Tor, wollen mindestens 50 Frauen im 1.Wagen sein und v i e l e, v i e l e, viele, die immer wieder zusteigen und bevor sie ein=steigen Flugblätter zur Aktion auf den Bahnhöfen an alle Frauen verteilen.

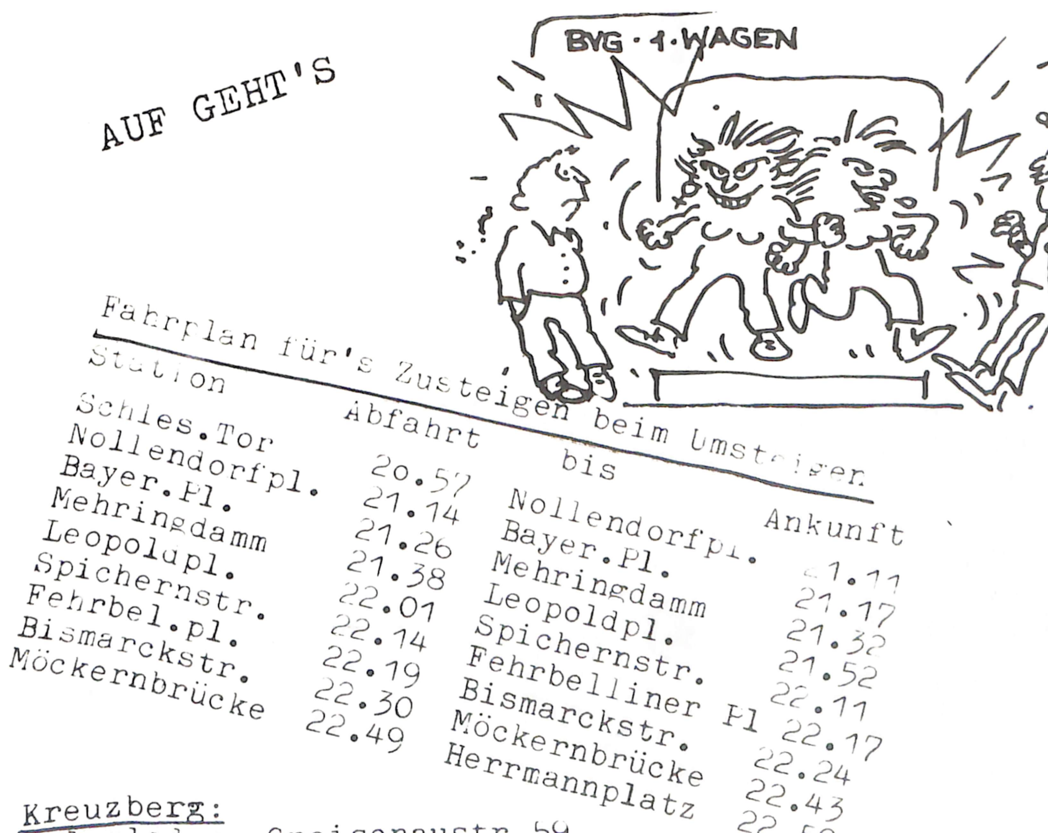
Wir wollen im 1.Wagen eine Atmosphäre verbreiten, in der wir uns wohl fühlen und sich jeder Mann lieber in einen anderen Wagen schleicht.

Kleinere, sich abwechselnde Gruppen von ca. 15 Frauen steigen immer wieder in den letzten Wagen, um Wagen für Wagen Flugblätter an Frauen zu verteilen und sie einzuladen mit in den 1. Wagen zu kommen.

Es wäre supersaustark, wenn wir so viele wären, daß wir mehrere Züge hintereinander in Massen fahren könnten. Wenn also der 1. Wagen von dem Zug auf unserem Fahr=plan voll zu sein scheint und genügend Frauen zum ver=teilen in den anderen Wagen unterwegs sind, dann wartet auf den nächsten Zug und befraut ihn massenhaft! Wir werden uns dann am Herrmannplatz gebührend empfangen.

MACHT IHR MIT?!!!!!!!

Dann holt euch vorher Packen von Flugis ab und ladet viele Frauen auf den Bahnhöfen ein, mit in den 1.Wagen zu kommen. Kommt pünktlich - vielleicht 5-10Min bevor unser Zug kommt



YIPPI!!!!!

Fahrplan für's Zusteigen beim Umsteigen

Station	Abfahrt	bis	Ankunft
Schles.Tor	20.57	Nollendorfpl.	21.11
Nollendorfpl.	21.14	Bayer.Pl.	21.17
Bayer.Pl.	21.26	Mehringdamm	21.32
Mehringdamm	21.38	Leopoldpl.	21.52
Leopoldpl.	22.01	Spichernstr.	22.11
Spichernstr.	22.14	Fehrbelliner Pl	22.17
Fehrbel.pl.	22.19	Bismarckstr.	22.24
Bismarckstr.	22.30	Möckernbrücke	22.43
Möckernbrücke	22.49	Herrmannplatz	22.59

Flugblätter-Abholstellen ab Mo. 28.11.

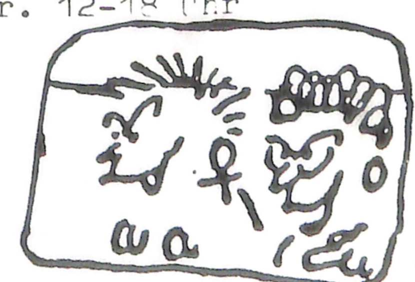
Wedding: Mädchenladen
Groninger Str. 6 1/65
Mo-Fr. 15-20 Uhr

Charlottenburg: Extra Dry
Mommsenstr. 34 1/12
Di-Fr. 12-23 Uhr

Schöneberg: Labrys
Hohenstauffenstr. 64 1/30
Mo-Fr. 12-18 Uhr

Kreuzberg:
Malerladen, Gneisenaustr.59
1/61 Mo-Fr. 9.30-18Uhr
Swingtime, Führbringerstr. 29
1/61 Mo-Fr. 19-20Uhr

Neukölln: Lunte
Weisestr. 53 1/44
Mo,Mi u. Fr. 15-20 Uhr



LEITER DER MUSIKSCHULE SCHWINGER MUß GEHEN!

W a r u m ? Weil es zum Himmel stinkt, daß der Leiter der Musikschule Kreuzberg, S c h w i n g e r , immer noch fest im Sattel sitzt, während inzwischen zehn Kolleginnen wegen seines Führungsstils die Musikschule verlassen haben. Ihre Beschwerden wegen sexueller Belästigungen, Veruntreuung von Geldern und unkorrekter Geschäftsleitung stoßen im Bezirksamt Kreuzberg auf taube Ohren. Was muß eigentlich noch passieren, bevor die Verantwortlichen im Bezirksamt ihre Männerkumpanei aufgeben?

- 1981 meldete eine Mitarbeiterin dem Verwaltungsleiter, Pawlaczyk, und dem zuständigen Stadtrat Schulze den Verlust von DM 60.000,-- in der Buchführung Schwingers. Zwei Tage später wurde sie im Sekretariat der Musikschule von einem Rollkommando niedergeschlagen und ist seit dem erwerbsunfähig krank. Entsprechende Ermittlungsverfahren wurden aus Mangel an Beweisen eingestellt, obwohl auch die Polizei Zusammenhänge vermutet.

- Mindestens drei ehemalige Mitarbeiterinnen werden bis heute - besonders nachts - telefonisch terrorisiert. Es ist zu vermuten, daß die Anrufe im Zusammenhang mit der Musikschule stehen, da alle drei Kolleginnen bekanntermaßen gegen Schwingers Machenschaften sich zur Wehr setzen. Die Anrufe reichen von sexuellen Belästigungen: ich möchte mit dir schlafen, ist dein Mann da usw. bis zu Drohungen wie: Wenn du nicht die Schnautze hälst, kannst du was erleben, dann geht es dir wie schon einmal (Anspielung auf das Rollkommando).

- Zwei Ermittlungsverfahren wegen der Veruntreuung von Steuergeldern wurden inzwischen wieder eingestellt. Die Staatsanwaltschaft stellte zwar schwere Mängel in der Leitung der Musikschule fest, zu einer Verurteilung kam es jedoch nicht. U.a. deshalb nicht, weil die entsprechenden Unterlagen plötzlich "verschwunden" waren.



- In drei Fällen wurden Ermittlungsverfahren wegen sexueller Belästigungen eingeleitet.

- Schwinger hat wiederholt Kolleginnen sexuell belästigt. Um nur einige Beispiele zu nennen:
  - Er forderte eine Lehrerin auf, mit ihm zu schlafen, sonst würde er dafür sorgen, daß sie ihre Arbeitserlaubnis verliere.
  - Einer Kollegin faßte er an Brust und Po, bot ihr Alkohol an und wollte sie mit nach Hause nehmen.
  - Er faßte sich wiederholt im Büro in die Hosentasche und onanierte.
  - Eine Lehrerin konnte sich gegen seine sexuellen Belästigungen nur durch eine Ohrfeige wehren.
  - Einer Schülerin erklärte er, was sie für einen schönen Busen hätte. usw. usw.

- Obwohl von einigen Mitarbeiterinnen über die sexuellen Belästigungen sogar eidesstattliche Erklärungen vorliegen, nehmen die zuständigen Stellen davon keine Notiz. Wiederholt haben sich z. B. die Frauen aus dem Sekretariat hilfesuchend an den Personaldirektor, K u h l o w , gewandt, der von allen Mitarbeiterinnen Protokolle aufnahm, dann allerdings anstatt gegen Schwinger vorzugehen, mit sofortiger Versetzung der betroffenen Frauen reagierte. Bürgermeister K r ü g e r antwortete auf die Beschwerde einer betroffenen Mitarbeiterin zynisch: er könne nichts für sie tun, da sie nicht in Kreuzberg wohne.

Ein von der AL beantragter Untersuchungsausschuß der BVV Kreuzberg wurde nach einem Jahr mit den Stimmen von CDU und SPD ergebnislos beendet. Hat es damit etwas zu tun, daß Schwinger SPD Mitglied ist?

Immer wieder das gleiche Spiel. Es ist als würden die Frauen gegen Gummiwände laufen. Seit Ende der 70er Jahre dauern die Skandale um die Musikschule Kreuzberg nun schon an. Immer wieder sorgte ihr Leiter für negative Schlagzeilen. Es ist einfach nicht zu fassen, daß ein Mann wie Schwinger immer noch auf seinem Posten sitzt, aber im Bezirksamt Kreuzberg hat mann sich offenbar auf's Aussitzen à la Kohl verlegt. Irgendwann wird den betroffenen Frauen schon die Luft ausgehen. Und außerdem: *Auf welchen vergleichbar gutbezahlten Posten soll mann ihn denn umsetzen? Im Bezirksamt Kreuzberg scheint mann nicht zu begreifen, daß es hier schon lange nicht mehr um's Umsetzen, sondern um's Absetzen geht; und zwar schnellstens!

*(lt. schriftlicher Aussage des Personaldirektors Kuhlow)

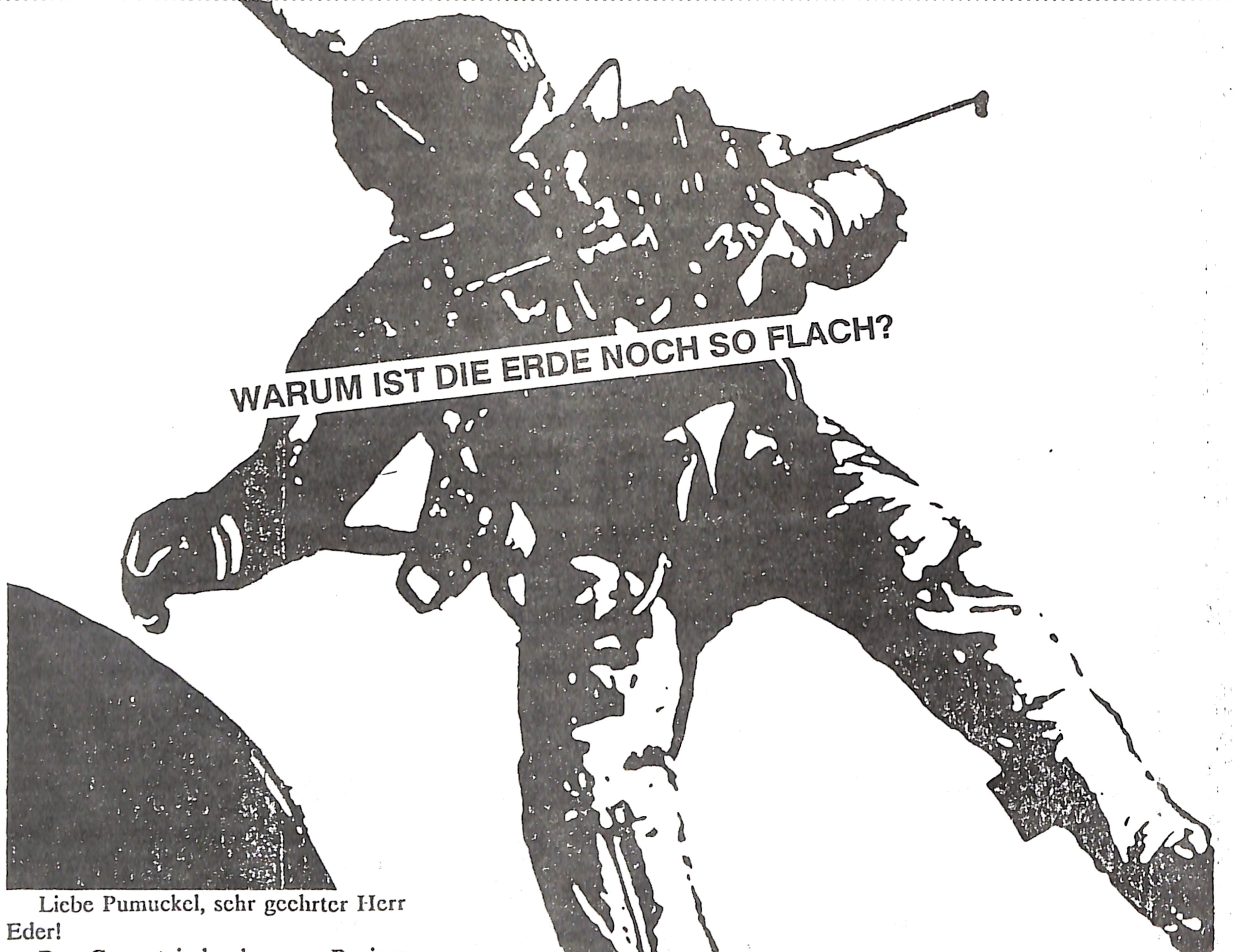
Wir bitten alle Frauen um Unterstützung. Je mehr Frauen sich einmischen, desto eher wird Schwinger vergeigt haben !

Beteiligt Euch am TAG DER OFFENEN TÜR
an einer KUNDGEBUNG
→ Bringt bitte Musikinstrumente mit ←
vor der Musikschule Kreuzberg
am: So. 27.11.88
Uhrzeit: 14.00h
Ort: Mariannenplatz 2 (Haus Betanien)
1000 Berlin 36

Zu dieser Kundgebung rufen auf:
ÖTV-Frauen, Frauenaktionsrat, Arbeitsgemeinschaft Musikschule Kreuzberg, AL-Kreuzberg, AL-Frauenbereich



V.i.S.d.P.: AL-Kreuzberg, Eisenbahnstr. 15, 1ooo Berlin 36



Liebe Pumuckel, sehr geehrter Herr Eder!

Der Gesamteindruck eures Papiers ist erstmal, daß ihr die ganze Sache ziemlich runterspielt, daß ihr gleichzeitig wenig konkrete Selbstkritik übt. Es entstehen mehr Fragen, als ihr Antworten bringt. Ihr schreibt "auf dieser (ersten) VV wurde ein öffentlicher Termin bekanntgegeben, zu dem alle Interessierten kommen konnten und sollten. Wir waren uns völlig im klaren darüber, daß die Schweine spätestens hier versuchen würden, uns zu infiltrieren." Weiter schreibt ihr, das sei "nichts Neues", im Vorbereitungsstreß und durch die Ungenauigkeit in unserem Umgang miteinander gelangte die Bullin in die Arbeitsgruppe hinein. Verantwortliche Umgehensweise oder Selbstkritik ist in eurem Papier nur insoweit enthalten, als ihr unsere ganze Szien als schlampig darstellt.

Noch kurz vorher auf einem bundesweiten IWF-Treffen in Westberlin wurden einige Einzelpersonen rausgeworfen, weil sie keine Gruppe hinter sich nennen konnten. Auch das gibt natürlich keine absolute Sicherheit vor Spitzeln, weil wir die einzelnen Gruppen dazu besser kennen müßten, ob die vielleicht unterwandert sind oder ob die genannten Gruppen überhaupt existieren, aber zumindest "neue" Bullen haben damit Schwierigkeiten, in diese Treffen reinzukommen. Diese Vorgehensweise hat zwar zu viel Nerverei wegen der Unklarheiten geführt, wurde aber für die konkrete Vorbereitung der Tage als notwendig angesehen.

Warum wurde nun plötzlich der erste Termin so öffentlich gehandelt und auf diesem Termin so wenig nachgefragt nach einzelnen Leuten? Und das, wo wir uns doch in Westberlin besser kennen, wo wir die Zusammenhänge einzelner viel einfacher abchecken können.

Und weiter: Warum ist es nicht aufgefallen, wenn in der kleinen Arbeitsgruppe eine Unbekannte schweigend dasitzt? Oder hat sie doch in der gemischten, trotzdem männerdominierten AG mit einzelnen (Männern?) geredet, die dann aber nur Typen gegenüber mißtrauisch sind, bei Frauen eventuell noch andere Interessen haben ("offener sind", d. h. ein kleiner Flirt)? Auch autonome Männer sind Männer! Vielleicht stimmt das in diesem Fall gar nicht, aber es ist eine Tendenz in der Szien, daß Männer gegenüber "neuen" Frauen viel bereiter sind, sie in unsere Zusammenhänge aufzunehmen.

Wie weit stimmt das in der Szien kursierende Gerücht, sie habe gesagt, sie käme aus Frauen- und Lesbenzusammenhänge, aber da liefe es nicht so richtig, es bringe ihr nichts mehr? Hat jemand das so schnell geglaubt, sich womöglich bestätigt gefühlt? So eine Einführung würde ja zeigen, daß Bullen doch nicht so doof sind (der Bullenpsychologe ist immer dabei), weil Typen von Frauen- und Lesbenzusammenhängen nichts Internes wissen sollen, deswegen nicht weiterfragen dürfen, aber unter der Hand schon deren Probleme und Schwierigkeiten gehandelt werden. Aber auch in so einem Fall gäbe es angemessene Nachforschungsmethoden.

Oder war ihre Vorstellung ganz anders, kann sich vielleicht niemand mehr dran erinnern?



Wenn die Frau erstmal in einer Gruppe drin ist, ist auch klar, daß sie sich immer darauf berufen kann, weil wir Sicherheit ja erstmal über ihre Erstgruppe herstellen. Das heißt auch, am Anfang einer Szienkarriere eines Bullen haben wir die größte Verantwortung, so etwas zu verhindern (später gibt es natürlich auch Möglichkeiten, sicherere wahrscheinlich, aber über andere Methoden, Alltag überprüfen z. B.).

Weiter spielt ihr das runter, was die Bullin mitbekommen hat. Denn in den AGs wurde ja alles geredet, was erstmal nicht "illegal" ist, unsere Zusammenhänge und ähnliches. Und bei solchen Treffen ist alles, was eine Bullin mitkriegen kann, zuviel, obwohl ihr richtig schreibt, daß der Staats- oder Verfassungsschutz schon mehr über uns weiß.

Ihr könnt das auch nicht mit VVs vergleichen, weil diese öffentlich angekündigt werden. Da können wir erstmal nur "bekannte" Schweine oder Bullen rausschmeißen, da sollen ja auch neue Einzelpersonen hinkommen.

Die politische Gesamtsituation ist uns vielleicht nicht so wichtig, aber auch wir sollten es nicht einfach so akzeptieren, daß eine noch stärkere Vermischung von Bullen und Verfassungsschutz hier entsteht. Das Geschehene ist nach heutigen Gesetzen noch illegal, immerhin war es nach 45 eine wichtige Entscheidung der Alliierten, Geheimdienste und Vollstreckungsorgane voneinander zu trennen, was damals hieß, die Gestapo zu zerschlagen, die sie als ein Instrument des Faschismus begriffen.

Insgesamt heißt das, daß es abgestufte Szien-Vorsichtsmaßnahmen geben sollte. Als erstes die internen (Klein-)Gruppen, für die es notwendig ist, wegen "illegaler" bzw. militanter Aktionen eine größtmögliche Sicherheit, größtes Vertrauen zueinander zu haben. Die entstehen durch langjährige persönliche Beziehungen, die über reine Politdiskussionen hinausgehen, durch das Verständlichmachen der eigenen Geschichte, der "politischen Identität" und durch den gemeinsamen Alltag, das Verhalten bis zum gemeinsamen Wohnen. Ein Bulle, der da mitmacht, was theoretisch möglich ist (81 in die besetzten Häuser konnten viele reinkommen), muß schon sehr schizophren sein.

Als zweite Stufe die gruppenübergreifenden Treffen (wie die Aktionstage-AGs), die ihre Sicherheit über die einzelnen Gruppen herstellen, weil wir nicht alle persönlich gut kennen können. Das gibt zwar keine völlige Sicherheit, weil die Gruppen infiltriert sein können, aber es erschwert den Bullen ihre Arbeit sehr.

Und als dritte Stufe die VVs, Veranstaltungen, öffentlich angekündigte Vorbereitungen für "legale" Aktionen, die sich auch gerade an einzelne, neue, unorganisierte Leute richten. Da müssen wir damit rechnen, daß auch Bullen da sind. Da ist es eher lächerlich, auf bloßen Verdacht hin einzelne rauszuschmeißen.

Aus Fehlern können wir nur lernen.
Solidarische Grüße

Auf den folgenden vier Seiten bringen wir ein Interview aus den "Umweltblättern" mit Bärbel Bohley,die am 25. Janua 88 in Berlin -Hauptstadt der DDR verhaftet und für ein halbes Jahr nach England abgeschoben wurde. Ende August 88 kehrte sie - zusammen mit Werner Fischer (der ebenfalls ein halbes Jahr in Englar [illegible] war) in die DDR zurück. Zuerst gibts noch ein Aufruf der Basisgruppen in der [illegible] zu einem landesweiten Aktionstag (am 27.11) gegen den [illegible]ulverweis von [illegible] SchülerInnen in Berlin.(siehe auch letzte INTERIM)

DDR-weiter Aufruf

In der Pankower EOS "Carl von Ossietzky", benannt nach dem hervorragenden Publizisten und Pazifisten, der 1938 an den Folgen seiner KZ-Haft starb, geschah in jüngster Zeit folgendes: Es gab eine sogenannte Speakers-Corner auf dem Flur des Gebäudes; dort eine eigene Meinung zu äußern war die Aufforderung des Direktors zu Schuljahresbeginn. Schüler nutzten dieses Angebot und äußerten sich an dieser Wandzeitung unter Verwendung von Zitaten aus der DDR-Presse zu den Streiks in Polen, andere Schüler diskutierten in Zusammenhang mit einem in der Zeitschrift "Die Volksarmee" veröffentlichten Gedicht und anläßlich der Frage nach dem Sinn von Militärparaden ihre friedenspolitischen Auffassungen.
Wieder andere Schüler nahmen am 11.9. an der Veranstaltung zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen den Faschismus auf dem Bebel-Platz teil.
Die Aufschriften ihrer mitgebrachten Transparente lauteten: "Gegen faschistische Tendenzen" und "Neonazis raus".
Ein "Tribunal" von Lehrern und Leitungsfunktionären bescheinigte den Jugendlichen daraufhin, ihre Meinung zum Thema Polen sei "staatsfeindlich". Ihre Auffassungen zu Friedenspolitik und Friedenserziehung stellten eine "pazifistische Plattform" an der EOS "Carl von Ossietzky" (!) dar und ihre antifaschistische Gesinnung sei, weil mit eigenen Plakaten manifestiert, als "Provokation" zu werten.
Rechtfertigungen der Schüler wurden unterbunden, dafür wurden, wo es aussichtsreich erschien, FDJ-Ausschlußverfahren durchgeführt.
Bei dieser Gelegenheit sprach der Vertreter der Kreisleitung der FDJ von "Antisozialistischer Plattformbildung im Blauhemd".
Man bemühe sich, um jeden zu kämpfen, z.B. um Grabschänder, Skinheads u.a., aber in diesem Fall müßte die Trennung von eindeutig staatsfeindlichen Schülern erfolgen.

Im Schnellverfahren wurden vier Relegierungen durchgesetzt, zwei Umschulungen eingeleitet und drei Verweise erteilt. Eltern, die Aufklärung auf dem gesetzlichen Eingabeweg verlangten, bekamen keine Antwort, weil ihre Eingaben verleumderisch und staatsfeindlich seien. Die Mitschüler der abgestraften Jugendlichen empfingen die Weisung, jeden Kontakt mit diesen zu meiden.

Seit dem 28.10. finden wöchentliche Andachten und Fürbittgottesdienste statt. Wir teilen die Meinung der Kirchenleitung, daß nur eine Rücknahme der Relegierungen und der anderen Schulstrafen zur Lösung des Problems und im Interesse der Betroffenen in Frage kommt. Auf einen positiven Impuls hoffen wir, wenn am 20.11. um 20.00 Uhr, Bischof Forck in der Berliner Erlöser-Gemeinde die Ergebnisse seiner Bemühungen öffentlich machen wird.

Sollten sich diese Bemühungen, auf dem Weg direkter Gespräche zu einer Lösung zu kommen, als vergeblich herausstellen, rufen wir hiermit alle Gemeinden, Gruppen und gesellschaftlichen Kräfte für Sonntag, den 27.11., zu einem DDR-weiten Aktionstag auf!

Phantasie und Kreativität sind gefragt, um unterschiedlichste Aktionen wie Predigten, Fürbitten, Konzerte, Lesungen, Protestschreiben und Ausstellungen vorzubereiten.

Da die Vorgänge an der EOS "Carl von Ossietzky" nur ein Beispiel sind, ist es an der Zeit, sich mit der generellen Situation unseres Erziehungs- und Bildungswesens auseinanderzusetzen. Es gibt folgende Themenvorschläge, die sich ergänzen und über den Anlaß hinaus diskutieren lassen:

- Um die Erziehung zu selbstständig denkenden und handelnden Menschen zu gewährleisten, die fähig und bereit sind, das Leben der Gemeinschaft zu gestalten, ist es notwendig, die Inhalte aller Bildungspläne neu zu erarbeiten.
- Entsprechend dieser allgemeinen emanzipatorischen Ansprüche sind die Lehr- und Erziehungsmethoden so zu gestalten, daß Initiativen und Kreativität aller möglich werden.
- Die Demokratisierung der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen ist zu gewährleisten durch die Wählbarkeit von Direktoren und Lehrern, durch das Mitbestimmungsrecht von Schüler- und Studentenräten.
- Eine höhere Qualifikation und Kompetenz der Lehrer ist notwendig.
- Die Reform des Bildungssystems muß sich von der Vorschulerziehung bis zur Hochschulausbildung erstrecken.

Da die Reform auf der Basis einer breiten Diskussion aller gesellschaftlichen Gruppen und unter Mitsprache von Schülern, Studenten, Eltern, Mitarbeitern des Bildungs- und Sozialwesens vorbereitet werden muß, kann der Aktionstag der Beginn eines solchen notwendigen Prozesses sein.

Interview mit Bärbel Bohley

UB: Welchem Ziel hat Deiner Meinung nach die Verhaftung am 25. Januar gedient?

B.: Ich denke, daß es eigentlich gar nicht um uns ging. Ich glaube, es gab innerhalb des Apparates eine Auseinandersetzung, und um die zu beeinflussen sind wir mißbraucht worden. Es gibt auch innerhalb des Apparates viele, die Gllasnost und Perestroika fordern. Und denen sollte gesagt werden, daß das bei uns nicht möglich ist, weil hier der Klassenfeind gewissermaßen am Mittagstisch sitzt. Also heute würde ich sagen, daß die ganze Aktion seit dem 17.1. eine Inszenierung der Staatssicherheit war und wir alle verbraten worden sind: die Ausreiser, wir, die Kirche und selbst Erich. So, stelle ich mir vor, werden Staatsstreiche gemacht.

UB: Wir hatten den Eindruck, daß die Vehaftungen am 25. notwendig waren, weil der 17. Januear nicht die erwarteten Verhaftungen ermöglichte.

B.: Die Verhaftungen am 25. hatten ja indirekt alle etwas mit dem 17.1. zu tun. Am 17.1. hat man sich grünes Licht für weitere Vehaftunngen verschafft, und wenn es ncht so einen straken Gegendruck eeben hätte, wären vielleicht auch noch mehrere erfolgt. Ich glaube, daß die Beteiligung der Ausreiser an der Demonstration vom 17.1. forciert wurde durch die Stasis, die ja ganz offensichtlich in der Staatsbürgerschaftsgruppe vorhanden waren. Das ist eine Demonstartion, die in der Bevölkerung und bei fast allen Genossen noch ein gewisses Ansehen genießt, da Rosa L. und Karl L. von vielen verehrt werden. So konnte man auch noch gegen eigenständige Demonstrationen Stimmung erzeugen. Zum anderen konnte die Friedensbewegung verunsichert werden durch die Frage, wie wir mit den Ausreisern umgehen. Außerdem konnte in der Bevölkerung der Eindruck erweckt werden, die Menschen, die sich der Friedensbewegung zugehörig fühlen, sind je eigentlich nur Leute, die auch in den Westen wollen.

UB: Wieweit siehst Du bei Eurem Abgang in den Westen eine wesentliche Schuld von Freya Klier und Stephan Krawczyk? Für sie war ja von der Kirchenleitung dieses Dauervisum ausgehandelt worden. Indem die das ausschlugen, schufen sie ja für Euch ganz neue Rahmenbedingungen.

B.: Das ist mir zu viel Spekulation. Eins ist mir klar: wenn sich alle geweigert hätten, wenn keiner weggeangen wäre, dann wäre auch die Reaktion der Staatssicherheit eine andere gewesen. Aber gerade wir, die wir ja wolen, daßsich die Menschen frei entscheiden können, dürfen anderen eine solche Entscheidung nicht vorwerfen, selbst wenn sie uns nicht paßt. Ich gebe Stephan und Freya nicht die Schuld für die Entwicklung der Ereignisse im Januar, ich kann mich ja nur selst fragen, ob ich mich richtig entschieden habe.

UB: Auf unserer Seite war die Frage: warum haben sich die Vehafteten nicht durch die große Solidaritätswelle stärken können? Der Anwalt hat doch sicher etwas andeuten können, und der Lärm der einheimischen Presse deutete doch darau hin, daß die Zeit gegen sie arbeitet.

B.: Natürlich war mir völlig klar, daß es draußen große Solidarität gibt. Andererseits habe ich auch den Konflikt gesehen, in dem der Staat steht. Er bezeichnee uns als Landesverräter und betrieb im ND eine Kampagne und sperrte uns ein. Wie verhält er sich, um sein Gesicht zu wahren? Er kann uns nicht ohne weiteres aus der Haft entlassen, ist aber auch nicht an einem Prozeß interessiert. Ich habe befürchtet, wenn wir den Paß nicht nehmen, werden wir ohne Paß ausgewiesen.

UB: Es gab allerdings noch nie Ausbürgerungen ohne Einverständnis, abgesehen vieleicht vom Fäll Roland Jahn.

B.: Ja, das stimmt, und selbst Roland hatte ja 'mal einen Ausreiseantrag gestellt, den er nur mündlich zurückgezogen hat. Aber es gab auch noch nie die Situation, daß jemand im Knast sitzt wegen § 100 und dann einen Paß angeboten bekommt, um sich ein halbes Jahr in England irgendwelchen Studien hinzugeben. Das war eine total neue Situation, in der wir einfach überfordert waren. Vielleicht haben wir versagt, vielleicht nicht. Das ist einfach Spekulation. Auf jeden Fall ist dadurch, daß wir wieder hier sind, deutlich geworden, in welch absurden Räumen bei uns das Recht zu Hause ist.

UB:
Welche Rolle hat die Kirchenleitung gespielt?

B.: Das hat für mich am deutlichsten Hans J. Schädlich gesagt, sie waren Helfer der Opfer und der Täter. Es gab ein gemeinsames Interesse zwischen der DDR-Regierung, der Bundesregierung und der Brandenburger Kirchenleitung, das hieß: Schadensbegrenzung. Die Lösung schien die Ausreise bzw. ein Dauervisum für die Inhaftierten zu sein, um die Ruhe im Lande wieder herzustellen. Ich abe mich daran beteiligt, indem ich den Paß genomen habe, weil ich den Konflikt gesehen habe.

UB: Habt Ihr im Westen Verständnis für Eure Situation gefunden?

B.: Wir haben mit vielen Leuten aus verschiedenen Parteien gesprochen. Das Erschreckende war, daß für fast alle mit dem 6. Februar -unserer Ankunft im Westen- die Situation geklärt war. "Jetzt seid Ihr doch hier! Was,' Ihr wollt wirklich zurück?" oder aber "Die lassen Euch doch nie wieder zurück." Nachdem sie eiesehen haben, daß es uns ernst ist mit unserer Wiedereinreise, wußten sie natürlich, daß der Konflikt nur auf den 6.August vertagt ist, wer also an Ruhe intressiert war, hat auch einsehen müssen, daß es sich für unsere Rückkehr einsetzten muß. In allen Parteien gab es einzelne, die an einer eigenständigen Emazipationsbewegung in der DDR interessiert sind. Die Parteien als ganze sind, glaube ich, nicht daran interessiert, abgesehen von den Grünen. Die Grünen haben in ihren Programm Theman angesprochen, die blockübergreifend sind und glauben deshalb auch, daß Bewegungen von unten in der DDR unterstützt werden müssen. Auch die SPD sollte einen Dialog mit unten anstreben, weil sie sonst das SED-SPD-Papier vergessen kann.

UB: Wie sieht von Westen die DDR aus?

B.: Ich denke schon, daß für einen großen Teil der westdeutschen Bvölkerung die DDR keine Bedeutung hat, selbst wenn sie hier Verwandte haben. Sie gehen davon aus, daß Deutschland geteilt ist, sie in der besseren Hälfte leben, wir arme Schweine sind und glücklich sein müssen, wenn wir dort drüben landen. Sie halten dich für verrückt, wenn du wieder zurückwillst. Die Parteien schreiebn auf ihre Wahltähnchen, wieviele menschliche Erleichterungen sie für die Bürger der DDR ausgehandelt haben. Aber das halte ich für hohl. Es kann nicht so weitergehen, daß die Menschen aus Rumänien, Polen, der SU und aus der DDR abgekauft werden. Bestrebungen hier, die das Leben hier verändern wollen, müssen unterstützt werden , und das würde einen ständigen Dialog mit unten voraussetzen und eine neue Wertediskussion, die in allen Ländern Europas geführt werden müßte, in Ost und West. Aber da ja bisher noch alles so gut für die Regierungen in Ost und West läuft, müssen wir unsere Sache hier schon allein machen, das ist mir völlig klar geworden. Deshalb denke ich auch, warum streiten wir uns nur soviel und führen diese ganen unfruchtbaren Auseinandersetzungen, anstatt neue Konzepte zu entwickeln.

UB: Wie weit sind eientlich die Vereinbarungen zwischen der Berlin-Brandenburger Kirchenleitung und der englischen Hochkirche hinsichtlich eines Stipendiums für Euch eingehalten worden?

B.: Von solchen Vereinbarungen weiß ich nichts, aber wir haben für die Zeit unseres Englandaufenthaltes eine Unterstützung von der englischen Kirche erhalten. Jedoch ohne die Hilfe unserer Freunde hätte ich mir wohl das Rauchen abgewöhnen müssen.

UB: Welche Schritte hat die Berlin-Brandenburger Kircehnleitung unternommen, um Euch zurückzuholen? Hat es Kontakte gegeben?

B.: Ja, es hat diese Kontakte gegeben, aber sie waren sehr unbefriedigend und gingen eigentlich von uns aus, da wir ja so sehr nach Sicherheiten für unsere Rückkehr gesucht haben, die es natürlich nicht gab. Es ab bis zum 3.August kein persönliches Gespräch mit jemandem von der Kirchenleitung, und auch die Briefe enthielten mehr Anweisungen und Verhaltensmaßegeln, als daß sie etwas geklärt hätten. Wir waren halt zu Objekten geworden, man hat über uns verhandelt, nicht mit uns. Für mich war das eine große Enttäuschung, da ich immer angenommen hatte, daß wir uns als eenseitiger Partner akzeptieren. Es entsteht der Eindruck, es gehe um das gute oder schlechte Verhältnis von Statt und Kirche, und dann ist da noch irgendwo die Gesellschaft. Wir haben Anfang Juni einen Brief an die Kirchenleitung geschrieben, in dem wir gebeten haben, daß man über unsere Wiedereinreise mit dem Staat spricht und haben uns im Voraus mit allen Bedingungen einverstanden erklärt. Dann wurdeuns die Variante mitgeteilt, daß wir am 3.8. über Prag einreisenkönnten. Dort sind wir dann von Rechtsanwalt Dr. Gysi und Konsistorialpräsident Stolpe empfangen worden.

UB: Weiter wißt Ihr nichts über die Hintergründe?

B.: Nein, alles andere sind Spekulationen und Vermutungen. Ihr seid zum Teil besser informiert gewesen als wir.

UB: Wie schätzt Du die Rückkehrmöglichkeiten für Vera Wollenberger und Wolfgang und Lotte Templin ein, die ja ebenfalls ein Dauervisum haben? Wollen sie zurückkehren, können sie zurückkehren?

B.: Ich denke, daßes schwieriger ist, nach zwei Jahren zurückzukommen, denn man muß ja wieder aus gewohnten Zusammenhängen aussteigen. Aber bis jetzt wollen sie auf jeden Fall zurückkommen. Und es wird sicher auch an uns liegen, ob sie zurückkommen oder nicht, aber auf jeden Fall sollten wir ihre Entscheidung akzeptieren.

UB: Vera hat ihr Visum um ein halbes Jahr verlängern lassen. Warum?

B.: Sie will ihr Theologiestudium beenden, das ist ja auch eine Chance für sie, da sie in ihrem Beruf wohl kaum noch eine Arbeit hier finden wird. Uns ist ja auch von der DDR-Botschaft angeboten worden, daß wir das Visum jederzeit verlängern können. Dieses halbe Jahr existierte doch nur in unserem Kopf. Der Paß war zwei Jahre gültig. Juristisch hätten wir am nächsten Tag wiederkommen können, es gab nur die Angst, lassen sie uns 'rein oder nicht.

UB: Du ast Dich für die Rückkehr von Ralf Hirsch eingesetzt, für Solidaritat zur Wiedereinbürgerung Ralfs. Siehst du reale Möglichkeiten für ihn? Hat er sich mit der Situation abgefunden?

B.: Also, Ralf ist für mich das eigentliche Opfer, denn ihm ist ja auch nie ein Paß angeboten worden und er wollte nicht weg. Natürlich sagt Ralf, daß er Fuß gefaßt hätte. Aber ich kenne ihn und sehe ihm an, daß er nicht besonders glücklich ist. Ich schätze die Situation nicht so ein, daß für Ralf eine Rückkehr möglich ist. Wer einmal unerschrieben hat, ist weg. Aber wir sollten wirklich im Kopf behalten, unter welchen Umständen Ralf und auch Krawczyks weggegangen worden sind. Ich bin dafür, daß jeder wiederkommen kann nicht nur Ralf. Das habe ich in diesem halben Jahr gelernt, daß die Möglichkeit zur Rückkehr ein ebenso großes Menschenrecht ist wie das Recht zu gehen. Wenn wir weiterhin immer nur über das Weggehen reflektieren, verhalten wir uns wie Gefangene, von denen welche den Mut haben, die Gefängnistore hinter sich zu lassen und andere nicht. Weggehen und Wiederkommen gehören für mich zusammen und beides müssen freie Entscheidungen sein, auch Bleiben.

UB: Hat es für Euch eine Bedeutung gehabt, daß hier Leute etwas für Eure Wiedereinreise etan haben, wenn auch im Stillen?

B.: Ja, natürlich. Ich denke, daß wir nur aus diesem Grund hier sind. Die Solidarität hier und im Ausland war der Grund dafür, daß die Vernünftigen unter den politisch Verantwortlichen gesehen haben, daß wir nicht vergessen sind und daß es nicht im Schweigen untergehen würde, wenn man uns nicht wieder zurücklassen würde.

UB: Was hast Du aus der Affäre gelernt?

B.: Also, für mich war das schon ein bißchen mehr als eine Affäre. Für mich persönlich war das eine Begegnung mit mir, wie ich mir nie vorgestellt habe, daß ich so auch bin. Ich wollte nie weg, plötzlich war ich weg, ich wollte stark sein, plötzlich war ich schwach, ich wollte immer ein ganzer Mensch sein, plötzlich war ich nur noch eine Hülle, ich kannte keine Angst, plötzlich war sie übermächtig. Also, das war alles ganz schön schwierig, auch die Selbstvorwürfe, damit bin ich auch noch nicht fertig, aber vielleicht war das auch alles einmal notwendig für mich, vielleicht, damit ich besser verstehen lerne.
Zum anderen habe ich aber auch viele Dinge von außen gelernt. Was mich jetzt natürlich besonders interessiert, ist das Ausreisethema, ich denke, daß wir auch dieses Thema komplexer angehen müßten. Wenn wir uns abgrenen, die Gesellschaft teilen in Ausreiser und solche, die hierbleiben wollen, dann ist das meiner Ansicht nach ein großer Fehler, und wir spielen dann den verlängerten Zeigefinger des Staates. Das bringt uns nichts, weder politisch noch menschlich. Man kann nur für sich sagen: ich möchte hierbleiben, aber ich verstehe auch die, die weggehen. Dann kann man mit denen, die weggehen wollen, diskutieren, und vielleicht bleiben von denen noch einige hier. Die Ausreiser gehen aus den unterschiedlichsten Gründen, die einen sind von der politischen Situation enttäuscht, die anderen wollen sich einen Friseurladen drüben einrichten. Wir müssen zusammen mit ihnen herausbekommen: weshalb geht ihr weg; oft wissen sie das ja selbst nicht. Das wird auch unsere Arbeit bestimmen, was hier zu verändern ist.

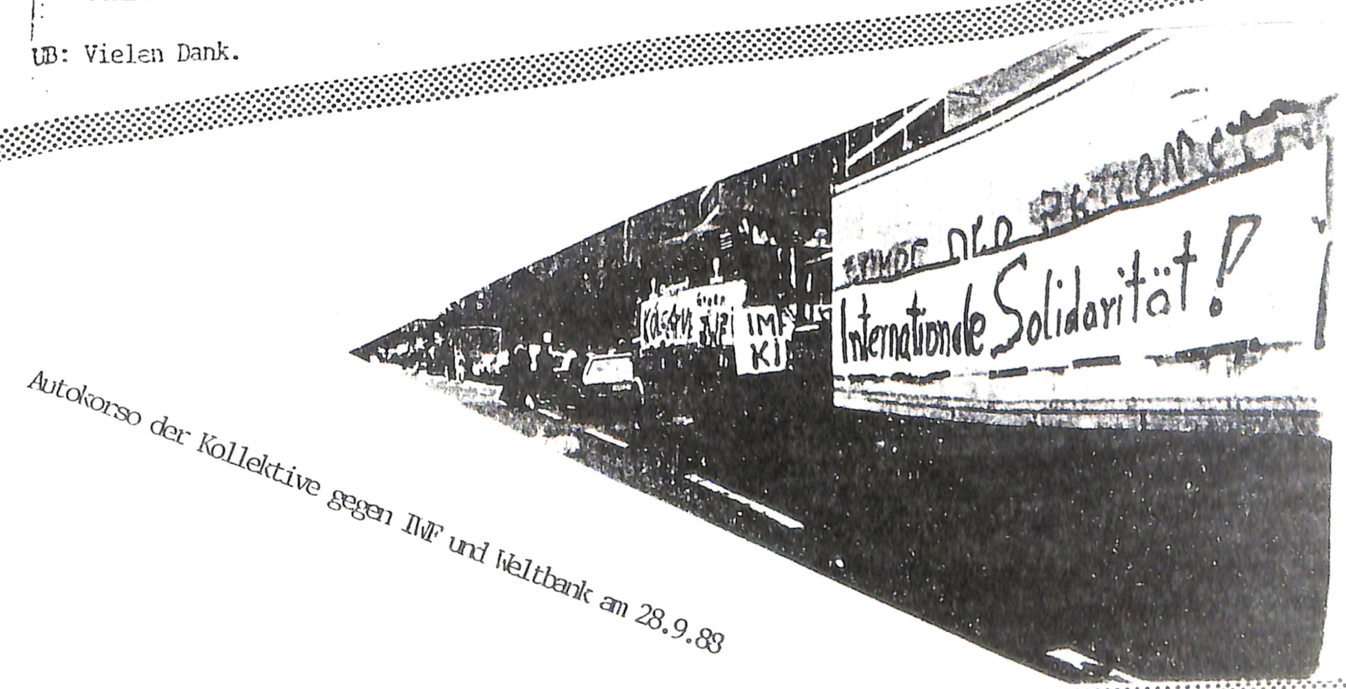
UB: Wolfgang Templin hat ja gedacht, daß die Ausreiser das neue gesellschaftliche Potetial sind. Sein Irrtum war zu glauben, daß die Friedensbewegung vorankommt, wenn sie sich mit den Ausreisern verbündet.

B.: Das halte ich für einen großen Fehler. Die Ausreiser sind natürlich eine politische Kraft, aber sich für sie einsetzen, ist einfach Quatsch. Das war schon damals absehbar. Solange sich mehr Menschen mit ihrer ganzen Existenz für ein Wegkommen einsetzen und nicht für Veränderungen im Land, müssen wir einfach darauf achten, daß wir nicht zusammen mit ihnen hinweggespült werden. Für uns ist interessant, warum sie wegwollen. Wie gesagt, sie haben genauso unterschiedliche Motive wie die, die hierbleiben. Es gibt viele, die wegwollen, weil sie hier keinen Ausweg aus der Misere sehen, weil sie in der Gesellschaft isoliert sind und dkeine Gleichgesinnten finden; mit diesen Menschen kann man sehr dicht zusammenarbeiten, und der eine oder andere wird seinen Antrag zurückziehen, darüber freu' ich mich natürlich immer sehr, das darf aber nicht die Bedingung für unsere Zusammenarbeit sein.
Wir leben in einem Land, in dem Gnade vor Recht geht, das gefällt uns allen nicht, aber dafür bringen wir Moral und Recht durcheinander. Wenn ich dafür bin, daß jeder kommen, gehen und bleiben kann, sollten wir das als Akt der freien Entscheidung verstehen, und nicht Weggehen generell moralisch verurteilen und Bleiben moralisch aufwerten. Immerhin gibt es hier einen Haufen von Leuten, die ich lieber von hinten sehen würde, aber darauf können wir wohl noch eine Weile warten

B: Das ist ziemlich theoretisch. Die Situation ist doch die, daß seit Anfang des Jahres zu den Basisgruppen und besonders zu uns ständig Ausreiseleute kommen, die mit Hilfe politischer Aktivitäten für sich die Ausreise profilieren wollen. Sie wissen, daß sie bei Zusammenarbeit mit uns eher aus dem Land geschmissen werden. Uns ist nicht egal, aus welchen Motiven sich Leute engagieren, aus Verantwortung für das Land oder aus egoistischen Gründen. Wir wollen nicht als Vehikel benutzt werden. Wie sollst du herauskriegen, wer sich nicht verstellt? Offenbar sind fast alle, die in den Staatsbürgerschaftsgruppen mitarbeiten, Leute, die durch solche Aktivitäten ihre Ausreise erwirken wollen. Am Ende kannst du doch nur mit Leuten zusammenarbeiten, die seit Jahren aus der Friedensbewegung bekannt sind und deren Loyalität daher eindeutig geklärt ist.

B.: Ja, ich weiß, daß das ein sehr schwieriges Problem seit Jahren ist, daß sich viele Ausreiser erst engagieren, wenn sie einen Ausreiseantrag gestellt haben und dann plötzlich in einer Basisgruppe mitarbeiten wollen. Sie machen den letzten Schritt vor dem ersten, und das macht sie natürlich nicht sehr glaubwürdig. Auf der anderen Seite finden sie oft erst durch den Ausreiseantrag den Mut, ihren jahrelangen Frust abzuarbeiten. Die Frage ist ja: was können sie noch sinnvoll für die Gesellschaft tun? Wir sollten sie ermutigen, sich zusammenzufinden, dabei können sie ihre eigene Geschichte aufarbeiten, und das könte ihr Beitrag für Veränderung in diesem Land sein. Daß bestehende Gruppen sich für den einen oder anderen glaubhaft interessierten Ausreiser öffnen, würde ich nach wie vor den Erfahrungen der Gruppen überlassen, und auf keinen Fall dürfen sie in den Gruppen weder zahlenmäßig noch inhaltlich dominieren. Wer das von den Ausreisern nicht einsieht, taugt weder für direkte noch indirekte Zusamenarbeit, und von dem sollten wir uns ohne schlechtes Gewissen verabschieden.

UB: Vielen Dank.



Autokorso der Kollektive gegen IWF und Weltbank am 28.9.88

SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFENDEN GEFANGENEN IN DER TÜRKEI UND KURDISTAN !

Am 1.August 1988 hatte das Justizministerium der türkischen faschistischen Junta per Rundschreiben - verfaßt vom Generaldirektor der Strafvollzugsanstalten,Ilhan Yücel,einem bekannten Folterer - allen Gefängnisleitungen die Rücknahme aller von den Gefangenen im Hungerstreik Anfang 88 (der PKK Genosse Mehmet Emin Yavuz wurde dabei ermordet) erkämpften Zugeständnisse befohlen.Özal versprach damals im Parlament die Verbesserung der Haftbedingungen,d.h.Abschaffung der Einheitskleidung,Lesen von Büchern und Zeitschriften,Besitz von Radios und Kassettenrecorder,Verlängerung der Besuchszeiten,Verpflegung durch Angehörige und ganz wichtig für alle gefangenen kurdische Frauen und Männer, die Erlaubnis kurdisch zu reden.

Doch Mitte 88 wurden die Militärknäste der "zivilen" Justizbehörde unterstellt,als Akt der "Redemokratisierung" verpackt.Für die Gefangenen bedeutete dies aber eine Verschärfung der Situation.Die im HS 88 erkämpften Zugeständnisse wurden nicht "übernohmen",das 1.August Dekret trat in Kraft.Für die gefangenen Frauen und Männer hieß das: Reduzierung der Besuchszeiten,Bücher und Zeitschriften gesperrt, Schikane und Prügel standen wieder auf der Tagesordnung...mit einer Disziplinarstrafe sollte künftig jede/r bestraft werden,der/die "das durch die Verwaltung ausgeteilte Essen nicht zu sich nimmt".Denunziation wurde zur Pflicht erklärt: Das "Nicht-Melden von Disziplinarverstössen Mitgefangener" sollte genauso Strafen zur Folge haben,wie das "Äußern politischer Meinungen".(TAZ 23.11.88).Auch das Sprechen der kurdischen Sprache ist erneut verboten,das Tragen der Einheitsknastkleidung ist wieder Pflicht.Das"Anstaltskleidung tragen" ist genauso wie der Zwang zum Singen der türkischen Nationalhymne,Ehrenbezeugungen vor Büsten des Chauvinisten Kemal Atatürk,militaristischen Marschierübungen,dem Zwang zur öffentlichen Verleugnung der Identität als Revolutionär/in und/oder Kurde/in ein Angriff auf die Identität der revolutionären gefangenen Frauen und Männer.Ziel ist die Identität der kurdischen und türkischen Revolutionär/innen zu brechen,sie per "Reuegesetz"(Kronzeugenregelung) als Kronzeugen aufzubauen,um sie dann als"bereuende Terroristen" zu präsentieren,sie umzudrehen und als Spitzel zu benutzen.

Laut Cumhürriyet(Sozialdemokratische,bürgerliche Zeitung) wurde z.B. seit dem 22.8. im Sondergefängnis BURSA begonnen wieder Einheitskleidung einzuführen.Aber nur 16 von 435(!) gefangenen Frauen und Männer zogen die Kleidung an(Cum.,23.8.88).Die "zivil"-faschistische Junta reagierte mit der Verschärfung des Terrors gegen die Gefangenen.Daraufhin traten die Gefangenen in BURSA in den HS.

Um ihren Widerstand zu brechen,drangen Miltärrollkommandos in die

Zellen ein,setzten Knüppel und Tränengas ein,folterten die Gefangenen. Mehrere Genoss/innen wurden zum Teil schwer verletzt,vielen ärztliche Hilfe verweigert.8o Genossinnen wurden je zu zweit in Einzelzellen ohne Bettstelle zwangsverlegt,Besuchs- und Briefverbot wurde verhängt. (Cum.,7.10.88,Kurdistan Rundbrief,28.10.88)
Nach diesen Angriffen traten in immer mehr Knästen kurdische und türkische Revolutionär/innen in den HS gegen das faschistische Dekret vom 1.August,gegen die sich ständig verschärfende Repression in den NATO-Knästen.

Die Forderungen der Gefangenen sind:

- Aufhebung des 1.August Erlasses
- verbesserte Besuchsmöglichkeiten
- Verbesserung der Gesundheits- und Ernährungssituation
- Abschaffung der Folter
- keine Beschränkungen bei Büchern,Zeitungen und Zeitschriften
- keine Zwangsverlegungen
- keine Disziplinarstrafen
- keine Einheitskleidung

die kurdischen Genoss/inn/en fordern weiterhin :

- die Anerkennung als Kriegsgefangene

Da die Lage der Hungerstreiks momentan recht unübersichtlich für uns ist,Informationen sehr schwer zu bekommen sind(Nachrichtensperre!), wollen wir aus der bürgerlichen Presse(natürlich mit Vorsicht zu "geniesen"),Flugblättern,Kurdistan Rundbrief,Türkei Infodienst etc. kurz ein Bild vermitteln.
HS laufen in 18 Knästen,u.a.BURSA,ESKISEHIR,ANTEP,AYDIN,BAYRAMPASA, DIYARBAKIR,CEYHAN,METRIS,AMASYA,ADANA und URFA.

Zur aktuellen Situation:

DIYARBAKIR: HS seit 23.10.88,ca.260 Gefangene im Streik
am 23.10. Zellenrazzien von Spezialtruppen,Zivilpolizisten und Gendarmen.Es gab ca.40 Schwerverletzte.163 Gefangene wurden in andere Knäste zwangsverlegt.Ein Genosse ist seit den Angriffen erblindet.

ESKISEHIR: HS seit dem 17.10.88 von etwa 250-300 Gefangenen
Sie wurden vor dem HS angegriffen,mindestens 9 Schwerverletzte

3-400 Angehörige,die die Gefangenen am 29.10 besuchen wollten,wurden angegriffen und geschlagen,mindestens 3 verletzt.

ANTEP: HS seit dem 25.9.88
Auch hier wurden die Gefangenen angegriffen,nach Informationen der Angehörigen über 40 Genoss/inn/en verletzt

CEYHAN: HS seit Mitte Oktober,ungefähr 100 Gefangene

NAZILLI: 200 Gefangene im HS,haben absolutes Besuchsverbot.Inzwischen wurden 24 Genoss/inn/en ins Krankenhaus eingeliefert,wo sie die Zwangsernährung ablehnten.

BURSA: HS vom 11.10.88 nach 15 Tagen beendet.60 der 174 Gefangenen,die im HS waren,wurden nach CANAKKALE zwangsverlegt.

AMASYA: mindestens 8 Gefangene im HS

BAYRAMPASA(Istanbul): 350 Gefangene seit Ende Oktober im HS

ADANA: seit Ende Oktober mindestens 33 Gefangene im HS

URFA: mindestens 16 Gefangene im Streik

METRIS(Istanbul): HS seit Ende Oktober

ANTEP: HS seit dem 25.9.88

(Quelle:CUM.vom 26.10.-6.11.88,Kurdistan RB:6,7,8 und div.Flugis)



Eine Guerillakämpferin der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans)

Insgesamt sind inwischen über 2000 Frauen und Männer im Streik.
Um den Streik zu brechen wird den Gefangenen provokativ 3 mal täglich Essen auf die Zelle gestellt,zusätzlich wird allen Hungerstreikenden Wasser, Salz und Zucker verweigert.Mindestens 40 Genoss/inn/en (Info vom 5.11.,Taz, inwischen sind es wesentlich mehr!!!) liegen in Krankenhäusern,die von Bullen und Militär hermetisch abgeriegelt sind.5(D.W.),nach anderen Meldungen 40 Gefangene liegen im Koma,4 sind "verschwunden".
Der HS wird mit zahlreichen Aktionen der Angehörigen und Freund/inn/en der Gefangenen im In- und Ausland unterstützt.Z.B.einem Soli-HS der Angehörigen in Diyarbakir,Student/inn/en - Demos in Kurdistan und der Türkei,in Ankara die Besetzung eines ANAP-Büros (ANAP=Özal's Regierungspartei).Unter anderem in Paris,Bern,Hannover gibt/gab es Soli-HS,es fanden europaweit Besetzungsaktionen,Kundgebungen,Demos etc. statt.In Berlin besetzten kurdische Genoss/inn/en,Sympathisanten der ERNK(Nationale Befreiungsfront Kurdistans),die AL(Alternative Liste),Radio 100 und Is Bankasi (türk.Bank).Türkische und kurdische Frauen und Männer statteten dem Senat einen "Besuch" ab.Laut Presse gab's vorletzte Woche auf der Oranien/ Adalbertstr. einen "Verkehrsstau" durch eine brennende Barrikade und Solitransparente...Wie wir wissen ist jetzt hier nur ein kleiner Teil der Aktionen in der Türkei,Kurdistan und Westeuropa aufgeführt!

UNTERSTÜTZEN AUCH WIR DEN HS PRAKTISCH!!!

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

heute, am 19. 11. 88 gegen 12.30 betraten etwa 25 westberliner kurdinnen und kurden aus den kurdischen gebieten der türkei die redaktionsräume von radio 100 in berlin west. sie erklärten ihren friedlichen besuch zur besetzung und baten die anwesenden redakteure darum, ihr anliegen über radio 100 zu verbreiten und die besetzung anderen rundfunk - und zeitungsredaktionen mitzuteilen. sie wiesen auf die lebensbedrohliche lage von gefangenen in den militärgefängnissen von dyarbakir und an anderen orten in der türkei hin. sie beklagten sich über die in der regel lückenhafte berichterstattung in den medien der brd über die lage in den gefängnissen der türkei, in denen gefangene aus den verschiedenen organisationen des kurdischen politischen und bewaffneten widerstands einsitzen. insbesondere wiesen sie auf den militärangriff auf die seit 25 tagen hungerstreikenden in dyarbakir hin. dabei seien viele gefangene verletzt worden. 40 von ihnen lägen im koma. nach ihren angaben befinden sich insgesamt
etwa 2600 gefangene kurden im hungerstreik. familienangehörige der gefangenen seien verhaftet worden, als sie gegen den militärangriff protestiert haben. die mutter eines gefangenen habe sich in istanbul aus protest gegen die "folter und vernichtungsmethoden" verbrannt. das gleiche sei anfang des jahres in dyarbakir geschehen.
sie wollen mit ihrer aktion bei radio 100 die
medien dazu aufrufen, über die kontinuierlichen verletzungen der menschenrechte zu berichten und - wie es auf einem mitgebrachten transparent heißt - "alle fortschrittlichen menschen" dazu auffordern, gegen von ihnen befürchtete neue massaker in den türkischen gefängnissen zu protestieren. sie erklärten, sie seien sympathisanten der ernk/west-berlin (nationale befreiungsfront kurdistan).
sie erklärten ausdrücklich, daß sich ihre aktion nicht gegen radio 100 richtet. zwar äußerten sie auch kritik an der berichterstattung über kurdistan bei radio 100. dies war jedoch kein grund für die heutige aktion.
die nähere darstellung der gründe für die besetzung entnehmen sie bitte dem flugblatt der besetzerinnen, das sie in dieser telefaxmitteilung finden.
die anwesenden redakteure von radio 100 und der geschäftsführende ausschuß der kernredaktion von radio 100 haben mit den besetzerinnen folgende vereinbarung geschlossen:
wir stellen unsere telefone, telefax etc. zur verfügung, damit das anliegen der besetzerinnen verbreitet werden kann,
wir ermöglichen den besetzerinnen, zu beginn des programms von radio 100 von heute (welt am draht ab 17.00) live ihr anliegen im rahmen eines studiogespräches vorzutragen und dabei auch fragen über ihre organisation beantworten,
die besetzerinnen werden die räume von radio 100 danach wieder verlassen.

wir tun das deshalb, weil wir das anliegen der besetzerinnen, informationen über die lage in den türkischen gefängnissen zu verbreiten, teilen. wir sehen uns aus diesem grunde auch nicht als "besetzte" redaktion. allerdings wäre es jederzeit möglich gewesen, auch ohne besetzung im programm von radio 100 berücksichtigung zu finden.

in diesem zusammenhang sei erwähnt, daß radio 100 der einzige sender in west-berlin ist, der - wöchentlich eine halbe stunde - ein programm in kurdischer sprache sendet. radio 100 ist der erste linksalternative private radiosender in westberlin.

radio-100, 1 berlin 30, potsdamerstr.131
tel: 216 40 83 fax: 216 57 14

REDEBEITRAG VON "GESUNDHEITS"ARBEITERINNEN AUF DER DEMO AM 19.11. GEGEN DAS GESUNDHEITS-REFORMGESETZ

In den Krankenhäusern und Pflegeheimen herrscht Personalmangel. Das ist nichts Neues. Akuten Personalmangel hat es in den letzten Jahrzehnten in Intervallen immer wieder gegeben. Seit Mitte der 70er Jahre ist es aber erklärtes Ziel staatlicher Sozial- und Finanzplaner, Betten und Personal abzubauen, um die Gesamtausgaben für Kranke und Alte zu kürzen. Ein Baustein in der allgemeinen staatlichen Verarmungspolitik, wie Lohnsenkungen durch Miet- und Preissteigerungen und Steuererhöhungen, der Kürzung der Renten, der Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe oder der Selbstkostenbeteiligung im Krankheitsfalle. Das Gesundheitsreformgesetz wird die Situation für pflegebedürftige Alte und Kranke weiter verschlechtern. Im Zusammenhang mit der Änderung der Krankenhausfinanzierung, der Bundespflegesatzverordnung oder den Bettenbedarfsplänen stellt sie ein Angriff auf das Existenzrecht von armen, alten Kranken und Langzeitpatienten dar. Diese Umstrukturierungsmaßnahmen in der öffentlichen Versorgung von Alten und Kranken sind gleichzeitig ein Angriff auf die ArbeiterInnen dort, die mit weniger Lohn mehr arbeiten sollen. Das ist das was Pflegenotstand genannt wird.

Dieser Pflegenotstand wird aber gemacht!

* **durch Schließung von Krankenhausabteilungen(z.B. in Neu-Kölln, Moabit) und ganzen Krankenhäusern (Klinikum Charlottenburg mit über 1000 Betten).**

Dafür wird kein Ersatz geschaffen. Mit weniger Personal und Betten werden heute zunehmend mehr, ältere und pflegebedürftigere Patienten versorgt.

* **durch die Nichtbesetzung von freigewordenen Stellen.**

Auf dem Rücken von Personal und Patienten sparen Krankenhausverwaltungen, indem sie frei gewordene Planstellen nicht mehr besetzen. In Berlin sind über 1000 Planstellen nicht besetzt. Personallücken werden durch Überstunden oder billigen Aushilfskräften gefüllt, die ohne Sozialversicherung und Kündigungsschutz arbeiten. Wir arbeiten heute in der stationären Krankenpflege mit einem Stellenschlüssel wie 1969.

* **durch extreme Arbeitsverdichtung.**

Liegezeitverkürzung, Rationalisierung und Technisierung haben die Pflegearbeit in einem Maße intensiviert und entmenschlicht, daß die Bedingungen in der Krankenversorgung für PflegerInnen und PatientInnen unerträglich gemacht wurden. "Gepflegt" wird nur noch im Akkord. Viele KollegInnen schmeißen deswegen lieber ihre Arbeit hin und machen was anderes, als daß sie diese üblen Bedingungen noch länger für sich akzeptieren.

Die Kranken werden heute im Krankenhaus auf einen fabrikmäßig durchrationalisierten Reparaturbetrieb zugeschnitten; eingeteilt und reduziert nach ihren kranken Körperteilen. Schnelle, billige und technisch durchrationalisierte Reparatur hat Vorrang. Die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse von Kranken ist zweitrangig.

Alte, chronische und bettlägerige Patienten werden oft nicht mehr aus den Betten geholt, weil aufgrund des Personalmangels niemand da ist, der sich um sie kümmern könnte.

Kleinkinder und alte Menschen, die Hilfe beim Essen bräuchten, werden einfachheitshalber mit Magensonden malträtiert, weil so die Nahrungsaufnahme schneller geht.

Entbindungen werden je nach Uhrzeit mit Medikamenten gefördert oder gehemmt, da nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit Personal da ist.

Angehörige müssen mit anpacken, um ihre kranken Verwandten zu versorgen. Ohne die Arbeit der Angehörigen ist in manchen Stationen und Häusern eine Minimalpflege nicht vorstellbar.

PFLEGE IM AKKORD IST GEFÄHRLICH!

Für alle, die medizinische Behandlung und pflegerische Hilfe brauchen, und die nicht privilegiert privat versichert sind, wird der Krankenhausaufenthalt zunehmend gefährlicher. Aufgrund der Arbeitshetze wird oft geschlampt und Grundsätze der Krankenpflege oder Richtlinien der Krankenhaushygiene nicht beachtet. Das Risiko einer Zweiterkrankung durch Infektionen oder Behandlungsfehler wächst. Ebenso das Risiko für alte, chronisch und bettlägerige Kranke aus dem Krankenhaus nicht mehr lebendig herauszukommen.

Durch sog. Gesundheitsreformen und der Umstrukturierung der Krankenversorgung wird angestrebt, diejenige Kranken, die für die Krankenversicherungen perspektivisch keinen Gewinn mehr erbringen, beschleunigt auszusondern. Das sind die Langzeitpatienten, die Alten und die sog.Behinderten. Der Ausbau von sog. privaten Krankenheimen, in denen chronisch Kranke und Alte zu billigeren Pflegesätzen verwahrt werden ist eine Version dieser Umstrukturierung. Pflegeheime sind ein lukratives Geschäft. Es gibt derzeit in Berlin eine Flut von Anträgen privater Geldanleger auf Eröffnung von privaten Krankenheimprojekten. Wer schon einmal in einem solchen Heim gearbeitet hat, weiß, daß diese oft den Charakter von Absterbekliniken haben, wo mit menschlichem Elend und Siechtum ganz gut Geschäft gemacht wird. Die andere Schiene zur Verbilligung der Kranken- und Altenversorgung ist die Hauskrankenpflege über Sozialstationen oder Hauskrankenpflegeunternehmen. Dort arbeiten die PflegerInnen oft in Form sog. gerinfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Das heißt ohne Sozialversicherung und mit Arbeitsverträgen, wo es kein gesichertes Einkommen gibt und keine Garantie auf Weiterbeschäftigung im Krankheitsfalle oder Kündigungsschutz besteht. Die Löhne sind dort sehr niedrig. Je nach Länge der Wegezeiten, die nicht als Arbeitsstunden bezahlt werden, rutscht der Nettostundenlohn unter acht Mark. Bei der Verlagerung der stationären auf die ambulante Krankenpflege sind die ArbeiterInnen in der häuslichen Pflege zum billigen Ersatz für die Krankenhausversorgung geworden. Da immer zu wenig Zeit für die pflegebedür ftigen Leute bezahlt wird, kann auch nur noch das Allernötigste gemacht werden. Die einzelnen PflegerInnen haben das letztendlich auszutragen und wenn die bezahlte Zeit für eine Versorgung der Alten und Kranken nicht ausreicht, leisten die PflegerInnen unbezahlte Mehrarbeit. Hinzu kommt, daß diese Verlagerung in den häuslichen Bereich, wo nach Fink's Worten "innerhalb der Familie, menschlich und selbstbestimmt" Kranke und Alte versorgt werden sollen die unbezahlte Mehrarbeit von Familienangehörigen ausgenützt wird; vorwiegend die Arbeitskraft von Frauen.

WENN DU ALT UND KRANK BIST MUßT DU SCHNELLER STERBEN. DA SPART DIE KRANKEN- UND RENTENVERSICHERUNG UND DER STAATSHAUSHALT WIRD ENTLASTET!

Die Situation wird sich weiter verschlechtern. Geplant ist für die nächsten Jahre mehrere tausend Betten weiter zu streichen und Personal einzusparen.

Doch nützt das Jammern nichts. Die X-te Unterschriftensammlung und die Appelle an die verantwortlichen Sozialplaner, sie mögen es doch nicht ganz so übel mit uns treiben, sind sinnlos. Klar machen es unsere Arbeitsbedingungen schwierig uns zusammenzusetzen und Möglichkeiten des Widerstandes zu entwickeln. Doch können Krankenhausverwaltungen und staatliche Sozialplaner nur so lange sparen, wie wir aus uns Mehrarbeit herauspressen lassen und die PatientInnen die miesen Bedingungen in der Krankenpflege akzeptieren.



WIR KÖNNEN UNS WEHREN, WENN WIR UNS ORGANISIEREN!

Wichtig ist es die Zustände in der Pflege mehr in die Öffentlichkeit zu tragen, indem wir gemeinsam und öffentlich jede weitere *Verantwortung für die desolate Situation ablehnen. Schweigt nicht länger! Duldet nicht länger die miserablen Zustände! Verweigern wir die Arbeit*, die direkt nichts mit der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse der Kranken zu tun hat! Viel von dem ganzen Schreib- und Verwaltungskram benötigt eine Menge Zeit und ist sowieso nur dazu da, die Kranken und uns besser zu kontrollieren. Es ist ebenso an der Zeit, die *Überstunden zu verweigern!* Der Laden läuft überhaupt nur, weil ständig über die Regeln der Hygiene und der Krankenpflege hinweggegangen wird. Wieso leisten wir nicht *Dienst nach Vorschrift?!* Wieso organisieren wir nicht einen *Spritzenstreik?!*

PatientInnen und Angehörige können Mißstände direkt an die Krankenhausverwaltung bringen, mit der Drohung an die Öffentlichkeit zu treten. Dieser Reparaturbetrieb läuft nur, wenn sich die Patienten entmündigen lassen. Den PatientInnen raten wir deshalb: *Lassen Sie nicht alles mit sich machen!* Weigern Sie sich frühmorgens, um 3/4/5 Uhr durch das Pflegepersonal zum Waschen geweckt zu werden. Stellen Sie offensiv Ihre Ansprüche! Bestehen Sie auf ausführliche Information darüber was mit Ihnen geschieht.

Die High-Tech Medizin hann Kunstherzen, Herz-Lungen Maschinen, gentechnische Patente konstruieren. Sie kann Leber, Nieren, ja ein ganzes Warensortiment menschlicher Organersatzteile anbieten und belebt damit das grausige Geschäft des internationalen Organhandels, mit den Nieren junger BengalInnen oder dem Blut der Armen aus Südamerika. Dieser sog. Fortschritt wird nur durch Menschenversuche entwickelt, wobei der Ausgang der Forschungsexperimente offen ist. Die High-Tech Medizin ist teuer, hilft nur einem kleinen Kreis von Kranken und ist ausschließlich Symptombehandlung mit wahrscheinlichen Spätschäden. Die High-Tech Medizin lebt davon, daß die menschlichen Bedürfnisse der Kranken, Alten, Armen und sog.Behinderten nicht befriedigt werden. Mit der Einführung computerunterstützter Patientendokumentationen und Datenbanken streben die Krankenversicherungen genau das Gegenteil an. Der volkswirtschaftliche Wert oder Nichtwert von Kranken soll informationstechnologisch ermittelt werden, um teure, unrentable und nicht mehr arbeitsfähige aus der Krankenversorgung auszugliedern. Sogenannte Risikogruppen, die für die Krankenversicherungen zu kostspielig werden könnten, werden mit Hilfe der Datenerhebung ausgespät, um sie aus dem Krankenversicherungssystem auszusondern. Kranke werden diskriminiert, indem behauptet wird, sie hätten ihre Krankheit durch schlechten Lebenswandel selbst verursacht. Die Ursachen von Krankheiten werden durch die herrschende Medizin aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang gerissen und auf sogenannte Risikofaktoren reduziert. Es wird behauptet der einzelne Mensch sei selbst schuld an seiner Krankheit: Wir würden uns zu schlecht ernähren. Wir würden zuviel rauchen, saufen und fressen. Wir würden uns zuwenig bewegen und gingen zu spät zur Vorsorgeuntersuchung oder wir hätten eben die falschen genetischen Merkmale.

Die Medizin wird mit diesen neuen Technologien zu einem verfeinerten Instrument in der Tradition der Auslese und Ausmerze unerwünschten Lebens.

Die High-Tech Medizin dient in erster Linie den Profitinteressen der elektrotechnisch/medizinischen und pharmazeutischen Konzerne und der Bereicherung einiger privilegierter Ärztegruppen. Siemens oder Schering sagen wie diagnostiziert und therapiert wird. Die Entwicklung der Schulmedizin richtet sich nicht nach scheinbar wissenschaftlicher Objektivität. Die Entwicklung der Medizin wird diktiert von den Interessen des Großkapitals. So ist z.B. Schering der Marktführer bei radiologischen Kontrastmitteln. Schering finanziert eine Professur am Klinikum Rudolf Virchow für die Erforschung seiner neuen Kontrastmittel am lebenden Menschen. Siemens entwickelt teure medizinische Technologien, die erst an den PatientInnen im Krankenhaus, ohne deren Wissen, zur Serienproduktion getestet werden.

Alle reden von Tierversuchen. Wer redet von den Menschenversuchen in den Krankenhäusern; oder den psychiatrischen Gewalttätigkeiten, wo Menschen wie Vieh gehalten werden, mit Nervengiften abgespritzt, mit elektrischem Strom gefoltert, oder auf andere barbarische Weise ihrer Freiheit und Würde beraubt.

Unsere Krankheit ist die Industriezivilisation. Die chemisch/atomare Verseuchung, die Vernichtung von Mensch und Umwelt, der tägliche Verschleiß durch die Arbeit, der Massenmord durch Hunger und Kriege, die Entfremdung, Demütigung, Vergewaltigung, Ausbeutung und Unterdrückung. Was uns krank macht ist diese tägliche Trettmühle, die tägliche Gewalt in der Familie, in der Arbeit, auf der Straße, die angestaute und ohnmächtige Wut gegen die ganze Scheiße die sich zu oft bei den Menschen im Kreise dreht und in Selbstzerstümmelung und Krankheit mündet oder als Agggression gegen die Anderen wirkt.

Wieso ist für viele das Leben nur noch im Suff oder mit Drogen zu ertragen?

Wozu die Tausenden von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten?

Wozu Tausende von Verkehrstoten und Schwerverletzten?

Wieso das massenhafte Auftreten von Allergien, Krebs oder Atemwegserkrankungen?

Wieso immer mehr Kinder und junge Menschen mit unheilbaren und chronischen Erkrankungen?

Wir müssen einen Weg finden, daß alle betroffenen PatientInnen, potentielle PatientInnen und alle ArbeiterInnen sagen: ***"Schluß jetzt! Wir machen das nicht mehr länger mit!"***



In den Berliner Krankenhäusern und Pflegeheimen herrscht Personalmangel. Das ist nichts Neues. Akuten Personalmangel hat es in den letzten Jahrzehnten in Intervallen immer wieder gegeben. Zuletzt Mitte/Ende der 60er Jahre, wo die Situation durch Anwerbung von Personal aus Korea, Indonesien, Philippinen und Jugoslawien und den Ausbau der Ausbildungskapazitäten entschärft wurde. Seit Mitte der 70er Jahre ist es aber erklärtes Ziel staatlicher Sozial- und Finanzplaner, Betten und Personal abzubauen, um die Gesamtausgaben für Kranke und Alte zu kürzen. Ein Baustein in der allgemeinen staatlichen Verarmungspolitik, wie Lohnsenkungen durch Miet- und Preissteigerungen, der Kürzung der Renten, der Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe oder der Selbstkostenbeteiligung im Krankheitsfalle.

DER PERSONALNOTSTAND WIRD GEMACHT

* **durch Schließung von Krankenhausabteilungen(z.B. in Neu-Kölln, Moabit) und ganzen Krankenhäusern (Klinikum Charlottenburg mit über 1000 Betten).**

Dafür wird kein Ersatz geschaffen. Mit weniger Personal und Betten werden heute zunehmend mehr, ältere und pflegebedürftigere Patienten versorgt.

* **durch die Nichtbesetzung von freigewordenen Stellen.**

Auf dem Rücken von Personal und Patienten sparen Krankenhausverwaltungen, indem sie frei gewordene Planstellen nicht mehr besetzen. In Berlin sind über 1000 Planstellen nicht besetzt. Personallücken werden durch Überstunden oder billigen Aushilfskräften gefüllt, die ohne Sozialversicherung und Kündigungsschutz arbeiten. Wir arbeiten heute in der stationären Krankenpflege mit einem Stellenschlüssel wie 1969.

* **durch extreme Arbeitsverdichtung.**

Liegezeitverkürzung, Rationalisierung und Technisierung haben die Pflegearbeit in einem Maße intensiviert und entmenschlicht, daß die Bedingungen in der Krankenversorgung für PflegerInnen und PatientInnen unerträglich gemacht wurden. "Gepflegt" wird nur noch im Akkord. Viele KollegInnen schmeißen deswegen lieber ihre Arbeit hin und machen was anderes, als daß sie diese üblen Bedingungen noch länger für sich akzeptieren.

Die Kranken werden heute im Krankenhaus auf einen fabrikmäßig durchrationalisierten Reparaturbetrieb zugeschnitten; eingeteilt und reduziert nach ihren kranken Körperteilen. Schnelle, billige und technisch durchrationalisierte Reparatur hat Vorrang. Die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse von Kranken ist zweitrangig.

Alte, chronische und bettlägerige Patienten werden oft nicht mehr aus den Betten geholt, weil aufgrund des Personalmangels niemand da ist, der sich um sie kümmern könnte.

Kleinkinder und alte Menschen, die Hilfe beim Essen bräuchten, werden einfachheitshalber mit Magensonden malträtiert, weil so die Nahrungsaufnahme schneller geht.

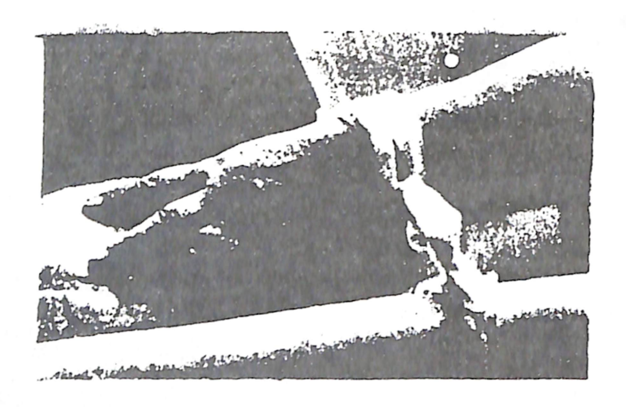
Entbindungen werden je nach Uhrzeit mit Medikamenten gefördert oder gehemmt, da nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit Personal da ist.

Angehörige müssen mit anpacken, um ihre kranken Verwandten zu versorgen. Ohne die Arbeit der Angehörigen ist in manchen Stationen und Häusern eine Minimalpflege nicht vorstellbar.

PFLEGE IM AKKORD IST GEFÄHRLICH!

Für alle, die medizinische Behandlung und pflegerische Hilfe brauchen, und die nicht privilegiert privat versichert sind, wird der Krankenhausaufenthalt zunehmend gefährlicher. Aufgrund der Arbeitshetze wird oft geschlampt und Grundsätze der Krankenpflege oder Richtlinien der Krankenhaushygiene nicht beachtet. Das Risiko einer Zweiterkrankung durch Infektionen oder Behandlungsfehler wächst. Ebenso das Risiko für alte, chronisch und bettlägerige Kranke aus dem Krankenhaus nicht mehr lebendig herauszukommen.

ViSdP: H. Lopfer Gierkezeile 8 1000 Berlin 10



Denn der Pflegenotstand ist geplant!

Die Situation wird sich weiter verschlechtern. Geplant ist für die nächsten Jahre mehrere tausend Betten weiter zu streichen und Personal einzusparen.

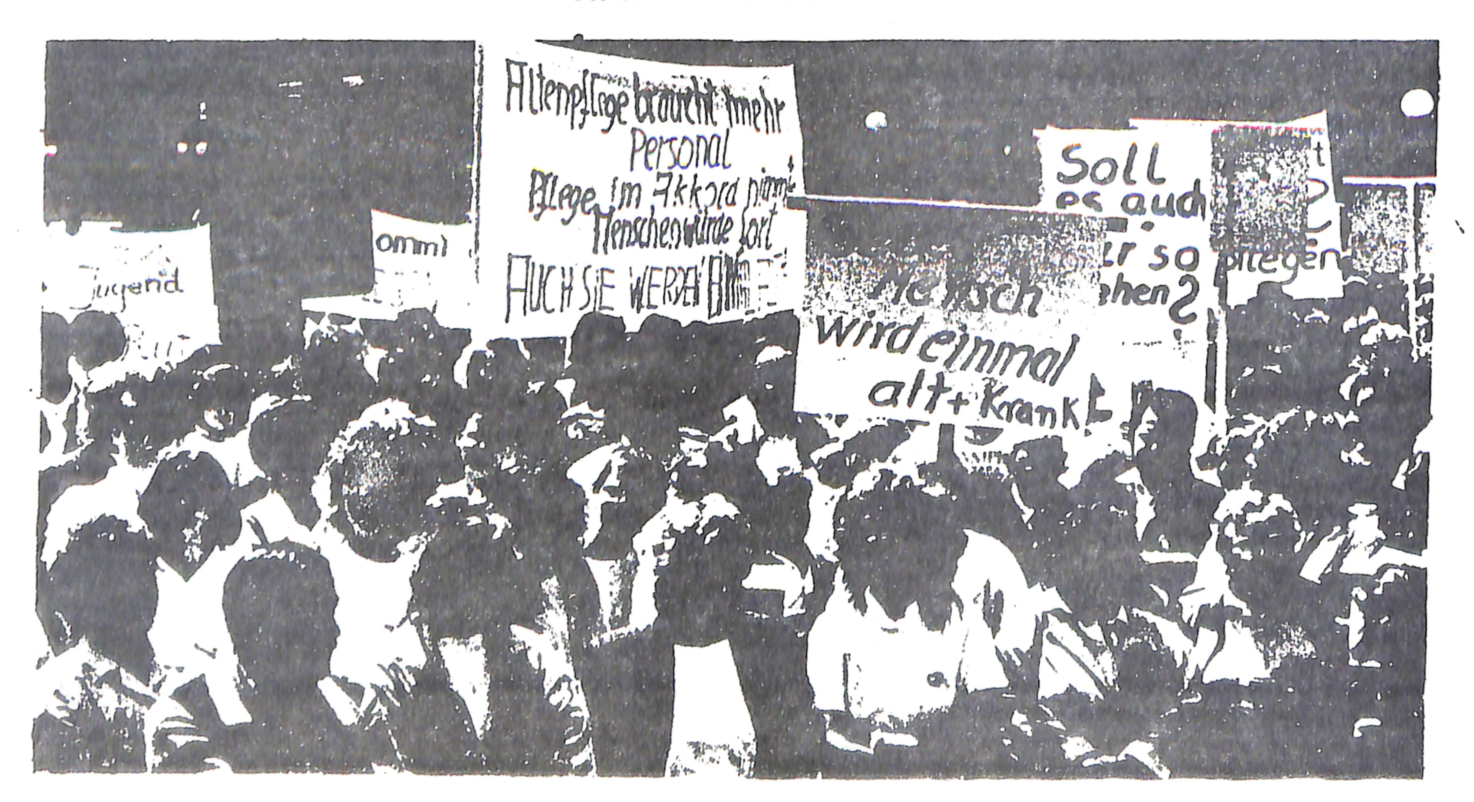
Doch nützt das Jammern nichts. Die X-te Unterschriftensammlung und die Appelle an die verantwortlichen Sozialplaner, sie mögen es doch nicht ganz so übel mit uns treiben, sind sinnlos. Klar machen es unsere Arbeitsbedingungen schwierig uns zusammenzusetzen und Möglichkeiten des Widerstandes zu entwickeln. Doch können Krankenhausverwaltungen und staatliche Sozialplaner nur so lange sparen, wie wir aus uns Mehrarbeit herauspressen lassen und die PatientInnen die miesen Bedingungen in der Krankenpflege akzeptieren.

Wir können uns wehren, wenn wir uns organisieren!

Wichtig ist es die Zustände in der Pflege mehr in die Öffentlichkeit zu tragen, indem wir gemeinsam und öffentlich jede weitere *Verantwortung für die desolate Situation ablehnen. Schweigt nicht länger! Duldet nicht länger die miserablen Zustände*! *Verweigern wir die Arbeit*, die direkt nichts mit der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse der Kranken zu tun hat! Viel von dem ganzen Schreib- und Verwaltungskram benötigt eine Menge Zeit und ist sowieso nur dazu da, die Kranken und uns besser zu kontrollieren. Es ist ebenso an der Zeit, die *Überstunden zu verweigern!* Der Laden läuft überhaupt nur, weil ständig über die Regeln der Hygiene und der Krankenpflege hinweggegangen wird. Wieso leisten wir nicht *Dienst nach Vorschrift?!* Wieso organisieren wir nicht einen *Spritzenstreik?!*

PatientInnen und Angehörige können Mißstände direkt an die Krankenhausverwaltung bringen, mit der Drohung an die Öffentlichkeit zu treten. Dieser Reparaturbetrieb läuft nur, wenn sich die Patienten entmündigen lassen. Den PatientInnen raten wir deshalb: *Lassen Sie nicht alles mit sich machen!* Weigern Sie sich frühmorgens, um 3/4/5 Uhr durch das Pflegepersonal zum Waschen geweckt zu werden. Stellen Sie offensiv Ihre Ansprüche! Bestehen Sie auf ausführliche Information darüber was mit Ihnen geschieht. Wir müssen einen Weg finden, daß alle Leute im Krankenhaus - ausgenommen Chefärzte und Verwaltungsleiter, die ein finanzielles Interesse an der Situation haben - daß alle Leute im Krankenhaus sich zusammentun und sagen: *"Schluß jetzt. Wir machen das nicht mehr mit!"*.

Aktionstreffen der Berliner "Gesundheits"arbeiterInnen im Gesundheitsladen im Mehringhof Gneisenaustr.2a. Jeden 2.Mittwoch im Monat 19Uhr. Nächster Treff am 23.11.88.



VOLKSSPORT

S H E L L   A N G R E I F E N ! !

Wir haben heute in der Nacht vom 27.11. auf den 28.11.1988 in West Berlin den Multi Shell an 4 Punkten angegriffen: die Shell-Tankstelle in der Falkenseer Chausee mit Zucker sabotiert und die Tankschläuche abgeschnitten; an den Tankstellen am Hermsdorfer Damm, an der Königin Luise Strasse sowie bei dem Büro Minerva in der Berliner Strasse (Vertriebsgebäude für Shell Produkte) haben wir feurige Grüsse hinterlassen.
Gleichzeitig wurden in den Niederlanden, in Dänemark und in Westdeutschland Institutionen von Shell angegriffen.
Die Aktionen sind Bestandteil der seit fast zwei Jahren laufenden internationalen Anti Shell Kampagne u.a. wegen dessen Unterstützung für das Rassistenregime in Südafrika. In den USA, dem wichtigsten Markt des Konzerns, führte die Shell Boykottkampagne bereits zu 20% Umsatzeinbussen. Den Boykottaufruf des Weltkirchenrates begrüssen wir auf das Schärfste. Ebenso natürlich die vielen Kontokündigungen bei deutschen Grossbanken, sowie die massenhaften Warenboykottaufrufe.
In den letzten zwei Jahren gab es mehr als 120 Anschläge gegen Institutionen des Konzerns allein in Westeuropa.
Wir begreifen unsere Aktionen als militante Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika und damit ist sie in ihrem Charakter radikal antirassistisch. Wir habe uns Shell nicht zufällig ausgesucht. Shell ist ein strategisches Angriffsziel, denn Shell ist der grösste ausländische Investor am Kap der weissen Rassisten. Dazu ist Shell einer der wichtigsten Öllieferanten und im Besitz der grössten Erdölraffinerie des Landes. Shell umgeht das von der OPEC verhängte Ölembargo, ausserdem ist Shell der grösste Kohleexporteur aus dem Apartheidstaat. Jährlich werden rund fünf Millionen Tonnen Kohle in die Niederlande exportiert, wo sie mit britischer Kohle vermischt dann als britische Kohle in Westeuropa und der BRD weiterverwertet werden.
Sowohl Ölimporte als auch Kohleexporte sind startegische Punkte, die für die Rassisten überlebenswichtig sind, an denen das Regime brechen kann und wird - wenn wir das wollen !

Und genau das wollen wir.
Der Apartheidstaat besitzt keine eigenen Ölvorräte und ist deshalb auf Importe angewiesen. Nur so kann die Wirtschaft und der Aufstandsbekämpfungsapparat am Leben erhalten werden. Shell liefert den südafrikanischen Bullen dafür das Benzin zu Vorzugspreisen.
Genau deshalb hat der African National Congress, ANC 1986 eine Pipeline des Shell Konzerns in die Luft gesprengt.
Der Kohleexport ist eine der wichtigsten Geldquellen für die südafrikanische Wirtschaft. Wenn diese Geldquelle wegfällt, müssen es sich die imperialistischen Staaten, allen voran BRD, USA und GB gut überlegen, ob sie das Rassistenregime weiter am Leben erhalten wollen.
Deshalb ist unsere Forderung : SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA !!!
Das Durchsetzen dieser Forderung, also dass sich Shell aus Südafrika zurückzieht, stellen wir uns als gemeinsames Projekt des Widerstandes in Westeuropa vor. Die Durchsetzung wird sowohl ein Zeichen für das internationale Kapital setzen, denn der Apartheidstaat wird sich aus eigener Kraft nicht halten können, als auch für den Widerstand hier in Westeuropa, im Herzen der Bestie.
SOLIDARITÄT HEISST WIDERSTAND !!!
Uns geht es bei diesen Aktionen darum, den Kampf hier in der Metropole zu führen. Dazu müssen wir uns auch die imperialistische Funktion des Konzerns in Westeuropa anschauen.
Shell mischt in vorderster Front in der Gentechnologie mit.
Als einer der grössten Saatgutkonzerne der Welt arbeitet er an der Entwicklung genetisch manipulierten Saatgutes. Dazu wurden schon Patente für Gene in den USA beantragt. Damit sollen die genetischen Bausteine des Lebens für das Kapital monopolisierbar gemacht werden können. Das soll dann folgendermassen vor sich gehen: die genetisch manipulierten Pflanzen werden im Vergleich zu angepassten Sorten einen höheren Ertrag liefern, wenn bei deren Anbau bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Im Idealfall für den Konzern, wenn nur Dünge- und Giftmittel des Konzerns, auf die die Pflanzen genetisch ausgerichtet sind, im Anbau verwendet werden. Die Folge davon ist der doppelte Profit für Shell. für die BäuerInnen die vollständige Abhängigkeit von einem Konzern und für unsere vielfältigen Nutzpflanzen droht der Untergang.
Wir greifen die Lebensgrundlagen zerstörende Produktionsweise des Konzerns an, die ihm immanent ist.

Shell impoertiert Billigkohle aus Südafrika nach Europa, die so billig ist, weil sie aus dem Blut der Schwarzen herausgepresst ist. Diese Kohle wird in der BRD von verschiedenen deutschen Grosskonzernen verwendet, zum Angriff auf die noch relativ gut organisierte Arbeiterschaft in Kohle und Stahl. Die Folgen sind Umstrukturierung, sprich : Zechen- und Stahlwerksstillegungen vom Baskenland bis Rheinhausen.
RASSISMUS UND KAPITALISMUS GREIFEN HAND IN HAND.
Shell ist der grösste Konzern in Westeuropa. Damit hat er als kapitalistische Grossmacht ein massives Interesse am imperialistischen Grossraumprojekt E 92.

Wir sind Teil des westeuropäischen Widerstandes.
Die Notwendigkeit des grenzüberschreitenden Handelns ist uns allen bewusst, doch es geht auch darum den Angriff real zu praktizieren. In Ansätzen wurde der internationale Widerstand in der Kampagne gegen IWF und Weltbank sichtbar. Darin liegt auch die Qualität unserer Aktionen, denn sie sind nicht nur Ausdruck militanter Solidarität in den Metropolen, sondern sie sprengen die Grenzen hoffentlich nicht nur geographisch, sondern auch in den Köpfen der westeuropäischen Linken.

SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA
INTERNATIONAL KÄMPFEN - LOKAL HANDELN, AUF ALLEN EBENEN
E 92 ANGREIFEN

INTERNATIONAL RESISTANCE BREAKS APARTHEID

Radikale Anti RAssistische Zellen

Feuer in Mineralölvertrieb

In einem Gebäude einer Mineralölvertriebsfirma an der Berliner Straße in Hermsdorf brach in der Nacht zum Montag ein Feuer aus. Anwohner hatten die Feuerwehr alarmiert. Nach Auskunft der Polizei wurden durch das Feuer etwa 250 Quadratmeter des Gebäudes beschädigt. (Tsp)

Zucker-Anschlag

»Zucker im Tank wegen Südafrika«, diesen Hinweis fand gestern der 60jährige Pächter einer Tankstelle in Spandau. Bei einer Überprüfung der Einfüllstutzen bemerkte er bei zwei Tanks mit einem Inhalt von zusammen 27.000 Litern Benzin eine Zuckerkruste. Die Deckel der Stutzen waren geöffnet.

Dieses sind nur 2 Beispiele für unsere ach so unzensierte Berichterstattung in den bürgerlichen Medien.

CO-OP UND BOLLE LÜGEN!

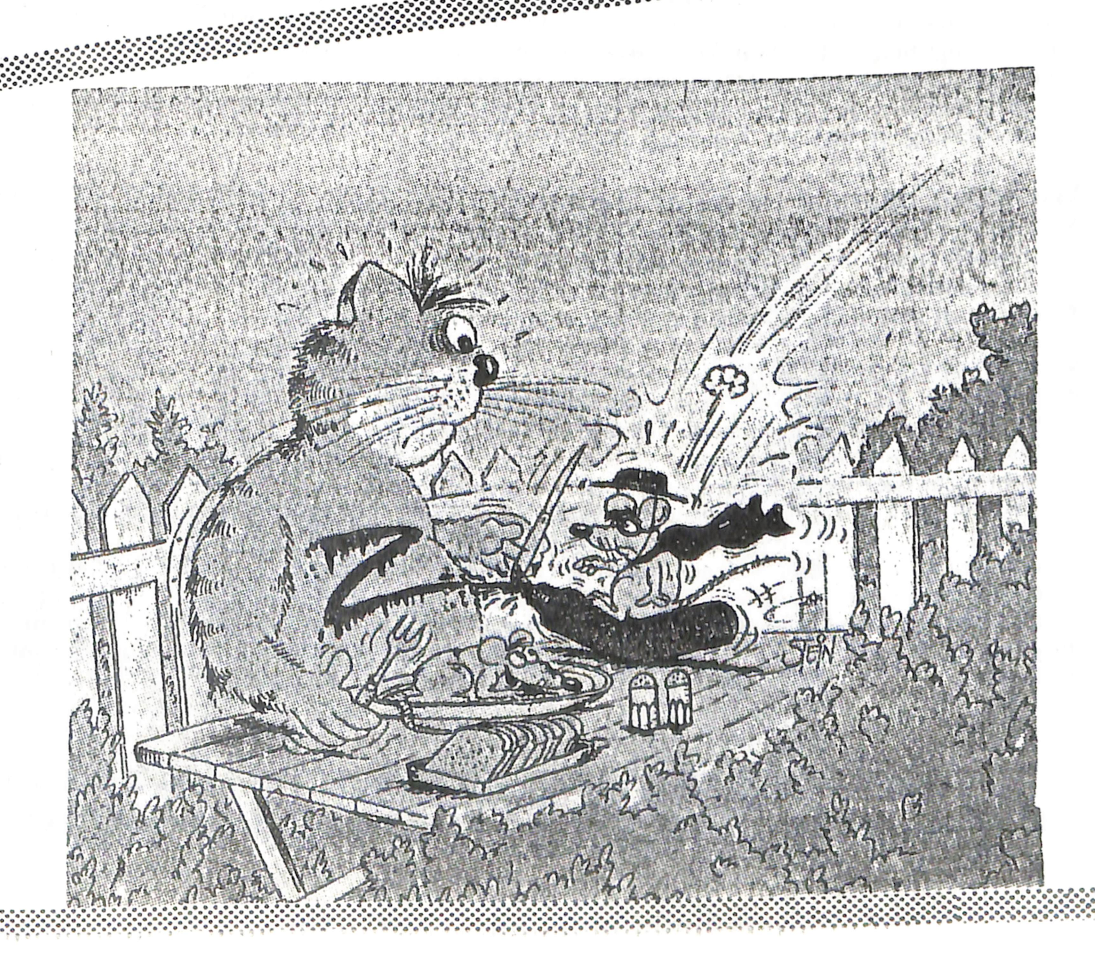
Vor einigen Wochen kam es heraus, daß CO-OP und ihre Tochterfirma BOLLE Obst und Gemüse aus Südafrika mit falschen Etiketten oder schlechthin oder jede Herkunftsbezeichnung verkauften. Kurz danach informierte CO-OP und BOLLE durch die Medien, daß ihre Regale nun "sauber" seien. Sie behaupteten keine südafrikanischen Produkte mehr zu verkaufen. DAS STIMMT NICHT!
Bei CO-OP und BOLLE werden immer noch Orangen, Zitronen, Pampelmusen etc. aus der Apartheidsdiktatur Südafrika angeboten. Um das Geheimnis zu lüften haben wir in der CO-OP Filiale an der Ecke Eylauer- Dudenstr. in der Nacht vom 27. zum 28. November die Fenster eingeworfen.

Wir haben es satt, daß Firmen hier die dicken Profite abziehen auf die Kostem der Völker der Dritten Welt. Gleichzeitig tragen diese Firmen die Diktatur und den Rassismus in Südafrika mit.

KAUFT KEINE WAREN AUS SÜDAFRIKA!

BOYKOTTIERT CO-OP UND BOLLE!
GLAUBT NICHT DIE LÜGEN DER KONZERNE!

gez. KOMMANDO GEHEIMNISLÜFTERINNEN



Der Aufstand geht weiter bis zum Ende der Besatzung

Demonstration zum 1. Jahrestag der Intifada

Seit einem Jahr dauert der Aufstand des palästinensischen Volkes, die Intifada, mit ungebrochener Kraft an.

In den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten — der Westbank und dem Ghazastreifen — finden erbitterte Kämpfe zwischen der palästinensischen Bevölkerung und der israelischen Armee statt. Seit Dezember 1987 versuchen die PalästinenserInnen mit ihrem Aufstand, die israelische Besatzung mit aller Kraft zu beenden.

Seit einundzwanzig Jahren bedient sich der israelische Staat in der Westbank und dem Ghazastreifen aller nur erdenklicher Unterdrückungsmethoden, um die palästinensische Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen. Die Politik mit dem offiziellen Namen „Politik der Eisernen Faust" ist gekennzeichnet durch das Sprengen von Wohnhäusern, Gefängnisstrafen ohne Prozeß, Deportationen, Hausdurchsuchungen, Schließung von Schulen und Universitäten, den gezielten Schußwaffengebrauch gegen Demonstrationen und Folter in den Gefängnissen. Immer wieder wehrten sich die PalästinenserInnen mit Demonstrationen, Verteidigungsaktionen gegen Landraub und bewaffneten Guerillaaktionen, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Der jetzige Volksaufstand ist ein Ergebnis dieses jahrelangen Widerstandes. Er ist deshalb von so herausragender Bedeutung, weil alle Bevölkerungsteile — Alte, Junge, Männer, Frauen, Kinder, Studenten, Bauern, Arbeiter, Handwerker, Händler und Kleinunternehmer — an den Aktionen teilnehmen. Neben den Demonstrationen, Kämpfen und Streiks werden mit aller Anstrengung Selbstversorgungsstrukturen aufgebaut, um sich vom israelischen Staat möglichst unabhängig zu machen.

Angeführt wird die Intifada von der PLO und der Vereinigten Nationalen Führung im Inneren der besetzten Gebiete. Die Volkswiderstandskomitees führen den täglichen Kampf gegen die Besatzer. Landwirtschaftliche Komitees organisieren den Anbau von Nahrungsmitteln. Die Volkskomitees organisieren die Verteilung von Lebensmitteln und Geld während der Generalstreiks, die Volkskomitees für Gesundheitsversorgung kümmern sich um die Versorgung und die Betreuung der Bevölkerung.

Die Forderungen des Volksaufstandes, die in den bisher 28 zentralen Aufrufen der Vereinigten Nationalen Führung veröffentlicht sind:
— Stop der Siedlungspolitik
— Rückzug der Besatzungstruppen aus den Städten, Lagern und Dörfern
— Schutz der Bevölkerung durch UNO-Truppen und UNO-Beobachter bis der unabhängige palästinensische Staat mit Jerusalem als Hauptstadt gegründet ist, worüber im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz mit zentraler Beteiligung der PLO entschieden wird
— Rücktritt der durch die Besatzungsbehörden ernannten Städte- und Dorfräte und neue Wahlen unter internationaler Beobachtung
— Stop des Schußwaffengebrauchs
— Verhaftungsstop und Freilassung der Gefangenen, Stop der Deportationen und Rückkehr der Deportierten, Schließung der Internierungslager, insbesondere Ansar III in der Negev-Wüste.

Das israelische Regime reagiert auf den Volksaufstand mit noch größerem Terror und setzt auf die militärische Niederschlagung der Intifada. Allein seit dem 8. Dezember 1987 wurden über 500 PalästinenserInnen, darunter 200 Kinder, brutal ermordet. 35.000 PalästinenserInnen, darunter 3000 Kinder, wurden schwer verletzt. Die Fehlgeburten- und Totgeburtenrate ist rapide in die Höhe gegangen. Insgesamt wurden bisher 30.000 PalästineserInnen verhaftet, 3000 von ihnen sind unter 16 Jahre.

Das palästinensische Volk hat sich entschlossen, seinen berechtigten Kampf, der seit über vierzig Jahren in verschiedenen Formen existiert, weiterzuführen, bis es seine nationale Unabhängigkeit erreicht hat. Dabei ist es auf eine internationale Unterstützung in seinem Kampf gegen die israelische Besatzung angewiesen.

Wir rufen deshalb zu einer Demonstration zum 1. Jahrestag der Intifada auf und erklären:

- Das palästinensische Volk, auf dessen Kosten der Staat Israel gegründet wurde und weiterhin existiert, hat das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und auf seinen unabhängigen Staat auf palästinensischem Boden unter Führung der PLO.
- Die palästinensische Befreiungsbewegung PLO ist die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes.
- Der Staat Palästina muß von der Bundesregierung anerkannt werden.

Wir fordern euch auf:

- Boykottiert die Politik des Staates Israel auf allen Ebenen:

— Kauft keine israelischen Waren, Gemüse, Früchte.
— Macht keinen Urlaub in Israel
— Gebt nicht euer Geld für eine menschenverachtende Politik.
— Arbeitet nicht in Kibbuzim, denn die dadurch freigestellten Israelis werden als Soldaten gegen die Palästinenser im Aufstand geschickt.
— Organisiert in den verschiedenen Verbänden und Institutionen (Gewerkschaften, Jugendgruppen, Kirchen usw.) den Widerstand gegen die israelische Politik und für die Unterstützung des palästinensischen Volksaufstandes.

Zeigen wir der israelischen Regierung, daß ihre Politik der Eisernen Faust, der Vertreibung, des Knochenbrechens nicht hingenommen wird, daß sich überall auf der Welt dagegen Widerstand und Solidarität mit dem palästinensischen Volk entwickelt!

Beteiligt euch an der Demonstration in Hamburg am Samstag, den 10. Dezember 88, um 11.00 Uhr, Moorweide

Der Palästinensische Nationalrat erklärt die Errichtung des Staates Palästina auf dem palästinensischen Boden mit Jerusalem als Hauptstadt.

Der Palästinensische Nationalrat verabschiedete am 15.11.88 in Algier eine politische Erklärung, in der unter anderem gefordert wird:
— Einberufung einer internationalen Kònferenz über den Nahostkonflikt mit dem Schwerpunkt der Palästinafrage unter Führung der UNO, unter Beteiligung der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und aller Parteien, die am Konflikt beteiligt sind, darunter gleichberechtigt die PLO, die einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes; die internationale Konferenz soll stattfinden auf der Basis der zwei Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates und der Sicherung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, an erster Stelle seines Rechtes auf Selbstbestimmung, auf der Grundlage der Artikel der UN-Charta, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Verbot der gewaltsamen Besetzung fremder Gebiete behandeln, und auf der Grundlage der UN- Resolutionen zu Palästina.
— Rückzug des zionistischen Feindes aus allen seit 1967 besetzten palästinensischen und arabischen Gebieten einschließlich des arabischen Jerusalems; Aufhebung aller Annektions- und Anbindungsgesetze und Räumung der Siedlungen, die der Feind auf palästinensischen und arabischen Gebieten seit jener Zeit errichtete.

Demovorbereitung in HH

Demovorbereitung in HH

Auf der Demo soll es auch einen revolutionären Block geben.
Wir machen am Sonntag,4.12. um 11 uhr ein vorbereitungstreffen.
für Gruppen aus anderen Städten,die sich an der Demo und am Block beteilligen wollen.
Es wird auf dem Treffen vor allem um die Diskussionen im Bündnis und den Ablauf der Demo gehen.
Außerdem wäre es gut,wenn ihr zum Stand der Mobilisierung in euren Städten was sagen könntet.
Inhaltliche Grundlage des Bündnisses ist der Aufruf mit der Überschrift "Der Aufstand geht weiter bis zum Ende der Besatzung".

Es wird folgende Beiträge geben:
-einen am Anfang zur Rolle der USA/BRD
-vor dem Trade center einen von uns zum Boykott Israels ,vieleicht spricht dort auch noch ein antizionistischer Jude dazu
-am Ende der Demo soll ein Palästinenser sprechen,unter Umständen einer von denen,die seit Beginn des Aufstandes deportiert worden sind.

also,bis dann!

VORBEREITUNGSTREFFEN ZUR DEMO
4.12.,11 Uhr,thadenstrasse 130a,Hamburg

einige Leute aus dem revolutionären Block



Wandmalerei im Hamburger Schanzenviertel. Hergestellt im Rahmen des Stadteilaktions[illegible]

50 Jahre Kernspaltung





Festakt am 2. Dezember in der Kongreßhalle und der TU

Was gibt es da zu feiern?

Im Dezember 1938, also vor genau 50 Jahren, hat Otto Hahn hier in Berlin das erste mal ein Atom künstlich gespalten. Hahn, mit dessen Name sich das Berliner Institut für Kernforschung 'schmückt', hat im ersten Weltkrieg noch an der Entwicklung und Anwendung von Giftgasen gearbeitet. Auf der Grundlage von Hahns Entdekkung wurde im zweiten Weltkrieg die Atombombe gebaut. Die Nazis hätten sie gern gehabt, aber die US-Amerikaner waren schneller. In Hiroschima und Nagasaki wurden sie als Test und zur Machtdemonstration abgeworfen. Auf diese beiden Bomben geht der größte Teil der bisherigen Atomtoten von über 250.000 zurück. Bei den Tests für die anschließend entwickelte noch stärkere Wasserstoffbombe wurden im Pazifik ganze Inseln zerstört.





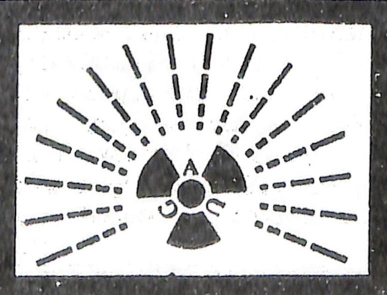
50 Jahre Kernspaltng wollen Politik, Kapital und Wissenschaft am 2.Dezember 1988 in der Kongresshalle und der TU feiern. Sie feiern die Atommacht, die sie in den Händen halten und stehen mit den Füßen auf Gräbern und Vernichtung. Sie feiern, daß es das Atomprogramm immernoch gibt, trotz Harrisburg, Nukem, Atomexporten und Anti-AKW-Bewegung.

Wer kennt die 'friedliche Nutzung'?

Das die Atomspaltung zur Vernichtung führt, gilt auch für die sogenannte friedliche Nutzung der Kernsqaltung. In allen Ländern in denen Atomanlagen betrieben werden, gibt es die schleichende Verseuchung, wie z.B. eine erhöhte Mißbildungs und Leukämierate oder die schlagartige Verseuchung, von denen Tschernobyl sicher nicht die letzte war. Die Atomanlagen bedeuten eine ständige Bedrohung für uns alle.

Trotz der ständigen Beteuerung, daß das Atomprogramm nur friedlichen Zwecken diene, gibt es erdrückende Beweise für das Gegenteil. Die Verbindung von Kerntechnik und Spaltstoffgewinnung für A-Bomben wurde nie getrennt. Es ist nicht einmal die Bemühung dazu zu erkennen. Sowohl die Vorbilder des bundesdeutschen Atomprogramms, als auch die Länder in die die BRD Atomanlagen exportiert (Brasilien, Argentinien, Pakistan, Südafrika, Indien, Iran usw.), arbeiten an der Bombe. Nur unter dem Atomwaffenverbot, das in der BRD gilt, heißen die gleichen Anlagen friedlich. Dabei wurde schon 1965 die gezielte Produktion von Plutonium im Mehrzweckreaktor in Karlsruhe aufgenommen. Als dieser Reaktor Ende der 50er geplant wurde, war für das Plutonium gar keine andere Verwendung denn als Bombenplutonium bekannt. Heute verfügt die BRD über alle Anlagen, die zum Bau eigener Atombomben benötigt werden.

Bedroht sind auch alle engagierten Gegner des Atomprogramms durch die staatliche Gewalt. Egal ob es um gefallene Strommasten oder um den Protest am Bauzaun der WAA in Wackersdorf geht, um Transportblockaden in Norddeutschland oder Aktionen überall in der BRD.



Die Atommanager bauen keine sicheren und schon gar keine friedlichen Atomanlagen, aber sie wollen uns das Gegenteil vorgaukeln. Ihre Sicherheitsphilosophie stützt sich hauptsächlich darauf, die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen. Ein Beispiel hierfür ist, daß sie nach der letzten großen, brutal unterdrückten Brokdorfdemonstration der Bevölkerung verkündeten, daß sie den Berstschutz, der die Radioaktivität eigentlich von uns fernhalten soll, mit einem Überdruckventil versehen. Im Falle einer Katastrophe bleibt dann der Berstschutz zwar erhalten, aber die tötliche Strahlung wird über eben dieses Ventil nach draußen gelassen.



So hat das HMI wesentlich zur falschen Beurteilung der Endlagerfähigkeit von Atommüll im Salzstock Gorleben beigetragen. Für die Wiederaufarbeitung wurden Forschungen zur Trennung der Spaltprodukte angestellt, wobei die WAA eine Schlüsselstellung für die Bombenproduktion hat. Auch wird im HMI Elektronik atombombensicherer gemacht. Ein Schwerpunkt der HMI-Forschungen liegt auf der Festkörperphysik, wobei schon lange an Hitze und radioaktivitätsbeständigen Materialien herumexperimentiert wird. Damit wird einer neuen Reaktorgeneration zugearbeitet, die durch Hochtemperaturen und extreme Strahlungen die Gefahren drastisch vergrößert. Für diese Forschungen wird der HMI-Reaktor gerade auf die doppelte Leistung auf 10 MW ausgebaut.



Atomforschung in Berlin

Hier wurde die Kernspaltung erfunden, hier wurde auch unter den Nazis an der militärischen Nutzung der neuen atomaren Kräfte gearbeitet. Am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, einem Vorläufer des Hahn-Meitner-Institutes, wurden Versuche unternommen einen Reaktor in die kritische Phase zu bringen. Bereits 1939 wurde das Kaiser-Wilhelm-Institut dem Heereswaffenamt unterstellt. Hier sind die Grundlagen für das heutige Atomprogramm.

Alle Facetten der Atomforschung finden wir heute am HMI in Wannsee. Der Reaktor wird dort gerade für die doppelte Leistung ausgebaut und soll demnächst in Betrieb gehen.

Atomforschung für Südafrika

Das HMI steht über einen direkten Wissenschaftleraustausch und über deutsche Beteiligungen am südafrikanischen Atomprogramm in ständiger Zusammenarbeit mit dem international geächteten Appartheitsregiem. Südafrika hat die Atombombe bereits mit deutscher Hilfe gebaut und plant auch diese als "Mittel der Verteidigung... zu nutzen"(SA Vert.Min.Coetzee,1980). Das HMI hält diese Kontakte aufrecht, obwohl nicht einmal mehr Spitzensportler nach Süafrika fahren.

Wir rufen daher auf zu einer

Demonstration

am 2. Dezember. Beginn 15.30 Uhr am Olivaer Platz.



KEIN GRUND ZU FEIERN

- **Gegen den Neubau des Atomreaktors auf dem HMI-Gelände**
- **Für die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen**
- **Gegen die Repression und Kriminalisierung der Widerstandbewegung**

UnterstützerInnen: Plenum der Anti-Akw Gruppen Berlin, Anti-Akw Gruppe Zehlendorf, Anti-Akw Gruppe 61, Anti-Akw Gruppe Neukölln, Spandauer gegen Atomkraft, Autonome Jugendgruppe Neukölln, Frauenkette, AL, Anti-AKW Gruppe ASta TU, Ex-Kollektiv, KOB-Kollektiv, Infoladen Omega, Frauen für den Frieden WB, Ohne Rüstung leben-LV WB, AK Reaktoren und Raketen, Frauenfrühstück, Mütter und Väter gegen atomare Bedrohung e.V., Geschichtswerkstatt Berlin e.V.

ViSdbP: B. Max, co/Anti-Atom-Büro, Kurfürstenstr. 14, 1/30



vor über einem jahr gründete sich RASTLOS als rat anarchistischer schülerInnen. durch "zuwachs" sind inzwischen leute bei RASTLOS die nicht mehr zur schule gehen. es entstand das bedürfnis, neben den aktivitäten an schulen auch andere bereiche zu erschließen. zur zeit sind wir dabei neue gruppen aufzubauen. inzwischen gibt es neben der schülerInnen-gruppe auch eine studentInnen-gruppe und uns:

wir, die RASTLOS-arbeiterInnen und arbeitslosen haben uns für den anfang folgende schwerpunkte überlegt:

- mitarbeit beim "RASTLOS-infoblatt" und der "RASTLOS-zeitung", später vielleicht herausgabe einer eigenen zeitung
- verbreitung unserer anarchistischen ideen
- anarchistische alternativen zum bestehendem arbeitssystem gemeinsam aufbauen (z.b. kollektive)
- lösungsvorschläge für probleme mit arbeitgebern und behörden ausarbeiten und verbreiten
- hintergrundwissen über ausbeutungsmechanismen der vergangenheit, gegenwart und zukunft sammeln und weitergeben
- verflechtung von großkonzernen mit dem staatsapparat aufzeigen
- eröffnen und betreiben eines ladens oder kneipe mit kiezküche, filmvorführungen, projektgruppen,...

wer lust hat bei uns mitzumachen und vielleicht eigene, andere ideen hat, der/die findet uns jeden montag um 18.00 im EX (kneipe im mehringhof) am großen runden tisch, gneisenaustr. 2a, 1/61.

v.i.s.d.p.: h. undeutsch, 1/21



VORSCHLAG:

Wir wollen in Westberlin eine proletarische Verbindungsstruktur aufbauen. Die in die Lage kommen müßte, das ganze Netz der Ausbeutung zu thematisieren, anzugreifen, zu zerreißen. Das ganze, also Fabrikarbeit, Schwarzarbeit, Hausarbeit, Büroarbeit ...

Wir wollen nicht "noch eine Gruppe", sondern eine Versammlungsstruktur von vielen Leuten und Einzel-Initiativen, die sich gegenseitig unterstützen im alltäglichen Kampf gegen die Maloche, die Vermieter, gegen die Ämter - um offensiv zu werden.

AN WEN?

An jobbende, arbeitslose, von Arbeitsamt oder Sozi zur Arbeit gezwungene, ungelernte, gelernte Arbeiter und Arbeiterinnen (alle Begriffe in Anführungszeichen, denn es sind nicht unsere). Zum Beispiel unsere Flugis müssen vor den Fabriken, in den Stadtteilen, auf den Arbeits- und Sozialämtern verteilt werden.

Zeit: jeweils Samstags von 17 bis 20 Uhr

VON WEM?

Die meisten von uns haben in den letzten Jahre ihr Einkommen über eine Mischung aus Fabrikarbeit, Jobs über Sklavenhändler und Arbeitslosengeld/hilfe bestritten. Politisch haben wir dabei alles mögliche gelernt und versucht: von massivem Zoff in der Klitsche oder Abteilung über spontane Streiks bis zu Flugblatt-Aktionen und verschiedenen Versuchen, breitere Zusammenhänge (Stammtische, ArbeiterInnengruppen) aufzubauen.

IN WELCHER SITUATION?

In den letzten ein, zwei Jahren nimmt die Bereitschaft sich zu wehren in den Fabriken wieder zu, es kommt zu Auseinandersetzungen und kleineren Arbeitsniederlegungen. Diese Kämpfe schaffen aber noch keine Situation von "Durchbruch", solange die Klasse sich in "Abteilungen" bewegt.

Es bilden sich schon kleine ArbeiterInnen-Gruppen, die Initiativen entfalten, bei Arbeitsniederlegungen mitmischen und regelmäßig Flugblätter vor den Betrieben verteilen. Eine wachsende Strömung innerhalb dieser Gruppen merkt, daß sie hinter die Erfahrungen der ArbeiterInnen zurückgehen, wenn sie sich zum Anhängsel der Gewerkschaften machen. Die Einbindung in Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit wird zur Zwickmühle und verschließt den Blick auf die unabhängigen und selbständigen Aktionen der Klasse.

WIR WOLLEN, DAß VIELE REVOLUTIONÄRE (KLASSEN-)INITIATIVEN EINFLIEßEN;

Auch in der autonomen Linken wird heute wieder mehr davon gesprochen, daß sich revolutionäre Politik auf die Klasse beziehen muß. Bislang ist das vor allem ein Anspruch und die Leute wissen nicht recht, wie sie das praktisch angehen sollen.

Daneben gab und gibt es in West-Berlin in den letzten Jahren viele verstreute Einzel- und Kleingruppen-Versuche, die eigene Situation als ArbeiterIn zu thematisieren und sich politisch in der Fabrik zu bewegen.

Wir wollen mit unserer Initiative diese Versuche aufnehmen und andere gewerkschaftsunabhängige ArbeiterInnen-Gruppen ansprechen.

WIR WOLLEN EINE SELBSTORGANISIERTE VERSAMMLUNGS-STRUKTUR

Die ersten Treffen werden wir selber vorbereiten. Wir denken an ne Art "Eröffnungsversammlungen" zu folgenden Bereichen: Frauenarbeit; aktuelle Erfahrungen und praktische Versuche; Klassenzusammensetzung in West-Berlin; Organisierungsvorschläge. Und zwar nicht unbedingt in dieser Reihenfolge, sondern wie es sich praktisch ergibt und mit unseren Initiativen zeitlich zusammenhängt.

Aber von Anfang an sollen auch alle anderen ihre Erfahrungen, Interessen und Bedürfnisse einbringen können. Wir wollen keine "hohe Politik" und kein Positionengezänk, sondern eine selbstorganisierte Debatte und Praxis von ArbeiterInnen. Wir wollen uns gemeinsam die Mittel verschaffen, um uns gegenseitig zu unterstützen und gemeinsame politische Initiativen anpacken zu können. Und dabei können sich unterschiedliche politische Erfahrungen fruchtbar ergänzen.

Aus der Versammlungsstruktur heraus kriegen die einzelnen Initiativen Unterstützung. Das zustandezubringen, wäre ein Stück Offensive im Klassenkampf.





Zeit: **jeweils Samstags von 17 bis 20 Uhr**

Orte: **3. Dezember "Syndikat",**
Neukölln, Weisestr. 56 - U-Bahnhof Boddinstr.

10. Dezember "Nachbarschaftshaus",
Wedding, Prinzenallee 58 - U-Bahnhof Pankstr.

17. Dezember "Babylonia",
Kreuzberg, Cuvrystr. 24, - U-Bahnhof Schles. Tor

TERMINE

DO 1.12 — 20 Uhr Film in der Osloer Fabrik: Hungerjahre ,BRD 1980,Regie JuttaBrückner

20 Uhr Vortrag & Diskussion: Bärliner Kaffeegenossenschaft: "Kaffeeanbau in Nicaragua - Was geht das uns an?" im Ökodorf

19 Uhr Film im EL Locco : Sacco & Vanzetti
21 Uhr " " : Der Verschlag , F/J 61
23 Uhr " " : Spanien , BRD 73

20 Uhr Information und Diskussion im Stadthaus Böcklerpark : " Boykottiert Israel -Waren,Strände,Kibuzzim " Mit einem palestinensischen Genossen und Prof. Uri Davis (Autor des Buches "Israel - ein Apartheitsstaat")

FR 2.12 — 20 Uhr Film im Ökodorf : " Las mujeres de la frontera" ,Nic.87 (INCINE) läft auch noch mal am 4.12

DEMO um 15.30 am Olivaer Platz : 50 Jahre Kernspaltung sind genug - feiern wir ihren Untergang !
Abschlußkundgebung um 17.15 vor dem Hauptgebäude der TU
Um ca 17.30 wird dann Diepgen versuchen im Lichthof der TU eine Ausstellungseröffnung vorzunehmen!!!!

20.57 U-Bahnhof Schlesisches Tor Treffen zur Frauen U-Bahnaktion

SA 3.12 — 17 -20 Uhr ArbeiterInnenversammlung im Syndikat
12 Uhr AGIT - DEMO : Gegen Zensur - Für Druck auf der Straße , Treff:Springer
21 Uhr AGIT - FETE im EX mit Filmen über den agit Prozeß
19 Uhr Frauen&Lesbenveranstaltung an unbekanntem Ort : 1 Jahr Intifada eine Genossin aus der BRD wird über ihren Auenthalt in den besetzten Gebieten berichten(Okt.88) und über Gespräche mit Palestinenseinnen von den Frauenkomitees.Außerdem gibts den Film : " Intifada - road to freedon" ,Sept.88 Zürich

So 4.12 — EX Knastfilmreihe : um 20 Uhr gibt es "Die Mauer" Yilmaz Güney,F 83 (dokumentarischer Spielfilm über die Geschichtevon Kindern und Jugendlichen,die im Jahr 76 in einem Gefängnis von Ankara gequält wurden und schließlich dagegen revoltieren.)
13 Uhr proletarisches VOLXFRÜHSTÜCK in der 044

MO 5.12 — 19 Uhr VOLXKNEIPE in der 0 44 mit Video
19 Uhr KIEZKÜCHE und Veranstaltung im Falcke-Laden , Diskussion über den Bericht eines Genossen aus München zu den Prozeß v. Janin und Wolli.

DI 6.12 — 20 Uhr Film in der Osloer Fabrik : Deutschland ,bleiche Mutter Von H.Sander-Brahms ,BRD 1980

Mi 7.12 — 19 Uhr VOLXKÜCHE in der 0 44

Do 8.12 — 19 Uhr MÄNNEWRKIEZKÜCHE in der 0 44

Sa 10.12 — Abends: KIEZ - SOLI - DISCO für Nicaragua in der SFE
21 Uhr Knast - Paket - FETE in der Schwemme mit Filmen : Der Aufstand der Matrosen,Kiell917

16 Uhr Cafe Gespräch in der Osloer Fabrik : alte Frauen erzählen aus ihrem politischen Leben

17 -20 Uhr ArbeiterInnenversammlung diesmal im Nachbarschaftshaus, Prinzenallee 58 (U - Pankestr.)

SAMSTAG 10.12. AB 21.00 UHR

KNAST – PAKET – FETE

FILM:

„DER AUFSTAND
DER MATROSEN"
KIEL 1917

„SCHWEMME" 36, MANTEUFFELSTR. 39